

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

72 (26.3.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Übergroße Anzeigen und Stellengelände 8 Pfennig. Die Reflektormillimeterzeile 80 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zeitungslesers, bei gerichtlichem Streit und bei Konten außer Kraft tritt. • Erklärungen und Geschäftsbedingungen: Karlsruhe i. B. • Inhalt der Anzeigen-Angebote: 1. bis vorletzige

Ältere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Annerhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. • Einzelhefte 1,90 Mark • durch den Post 2,36 Mark • Einzelhefte 10 Pfennig • Einzelhefte 5 Pfennig • wöchentlich vormittags 11 Uhr • Distributionskonto 2850 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B. Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Distributionsstellen: Durlach, Hauptstr. 9. D. Baden Tecklenburg 12. Rastatt Rosenstr. 2. Offenburg Hauptstr. 8

Nummer 72

Karlsruhe, Samstag, den 26. März 1932

52 Jahrgang

KAMPF-OSTERN 1932

Den Acker frei der jungen Saat,
Die Zukunft auszusäen!
Der Winter flieht, der Frühling naht,
Die Welt will auferstehen.

Der Dummheit Spuk, des Hasses Wahn,
Den Unrat kehrt zusammen!
Verpestet hat er lang' den Plan,
Nun lodere er zu Flammen!

Vom Boden qualmt der zähe Dampf,
Der Schutt ist am Verbrennen.
Gereinigt ist der Platz zum Kampf,
Bahn frei zu neuem Rennen!

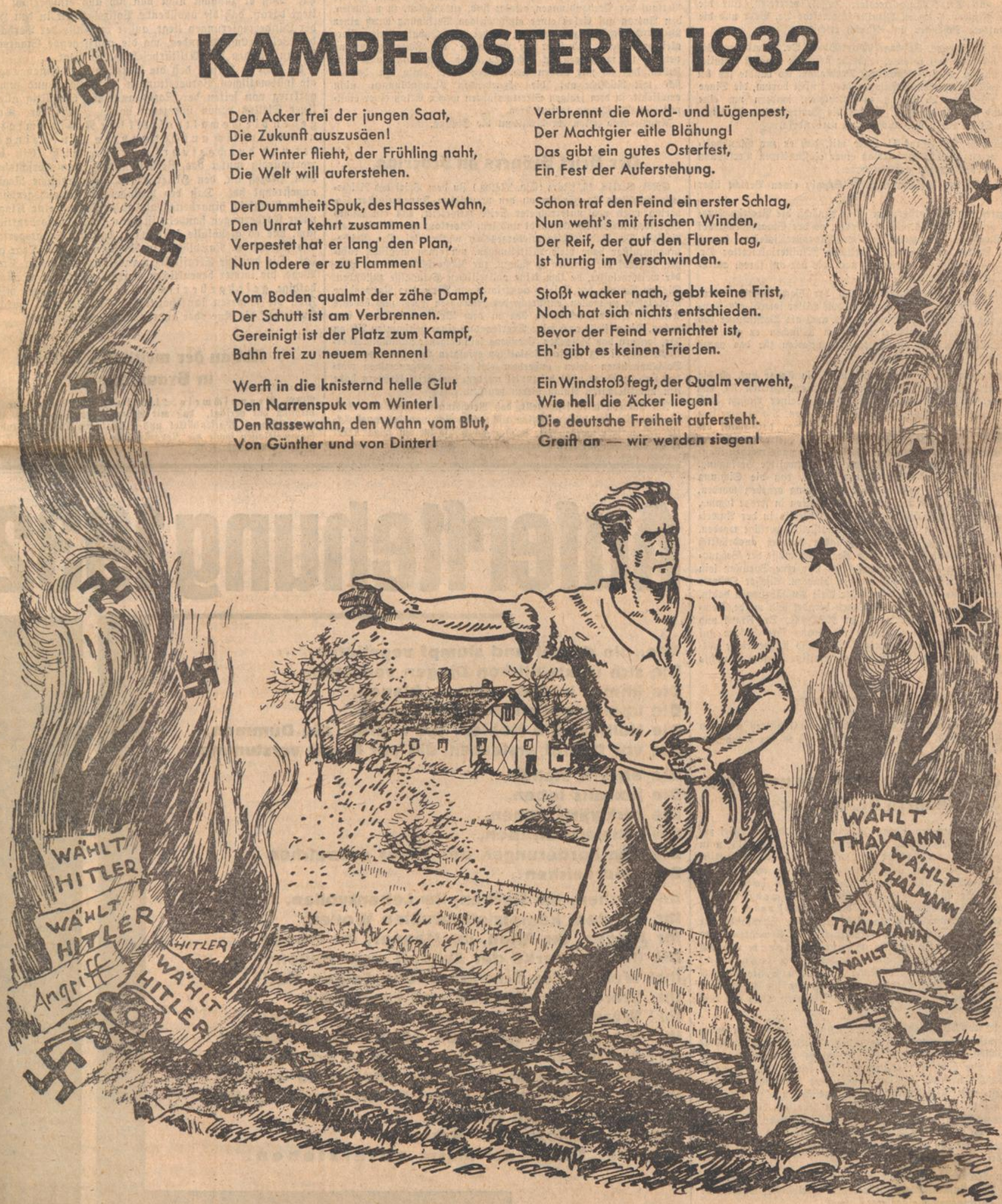
Werft in die knisternd helle Glut
Den Narrenspuk vom Winter!
Den Rassewahn, den Wahn vom Blut,
Von Günther und von Dinterl!

Verbrennt die Mord- und Lügenpest,
Der Machtgier eitle Blähung!
Das gibt ein gutes Osterfest,
Ein Fest der Auferstehung.

Schon traf den Feind ein erster Schlag,
Nun weht's mit frischen Winden,
Der Reif, der auf den Fluren lag,
Ist hurtig im Verschwinden.

Stoßt wacker nach, gebt keine Frist,
Noch hat sich nichts entschieden.
Bevor der Feind vernichtet ist,
Eh' gibt es keinen Frieden.

Ein Windstoß fegt, der Qualm verweht,
Wie hell die Äcker liegen!
Die deutsche Freiheit aufersteht,
Greift an — wir werden siegen!



Horden des Bürgerkriegs

Gröner warnte die Länderregierungen - Die Waffenlager der Reichswehr sollten erobert werden - Die Nazibanden zum Bürgerkrieg mobilisiert - Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof

Am 10. April muß der Faschismus gründlich geschlagen werden

WTB. Weizsäcker, 24. März. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelte am Donnerstag in der verfassungsrechtlichen Streitfrage des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, in seiner Eigenschaft als Reichspräsidentenkandidat, der Partei selbst, ferner der nationalsozialistischen Reichstaatsaktion und des preussischen Landtagsabgeordneten Kube als Wahlleiter für die preussischen Landtagswahlen gegen den Freistaat Preußen, vertreten durch das Staatsministerium und den preussischen Innenminister Dr. Severing wegen Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Anordnungen auf Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahmen. Die Klagenparteien wurden durch Rechtsanwalt Dr. Frank II. München und Dr. Roland-Freisler, Kassel, vertreten. Für die preussische Regierung waren Ministerialdirektor Dr. Badt und die Ministerialräte Schöner und Janich erschienen.

Wie der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, zu Beginn der Verhandlung betonte, erstreckte sich diese zunächst lediglich auf den Antrag einer einstweiligen Verfügung. Es handelte sich bei der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof nicht darum, die Dinge in ihrer politischen Bedeutung zu betrachten, sondern um eine Rechts- und Verfassungsfrage. Er hat die Vertreter der Parteien, in diesem Sinne ruhig und nüchtern zu verhandeln.

Rechtsanwalt Dr. Frank II teilte mit, daß er zur Glaubhaftmachung seiner Eingabe auf Erlass einer einstweiligen Verfügung vier Zeugen vor Gericht gebeten habe.

Sodann erstattete Reichsgerichtsrat Schmitz einen Bericht über die Lage.

Auf Anregung des Vorsitzenden sollen zunächst die Prozessvoraussetzungen erörtert werden. Zu der Frage, ob der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung in Verfassungswidrigkeiten innerhalb des Landes erlassen dürfe, erklärte Ministerialdirektor Dr. Badt, daß die preussische Regierung nach wie vor auf ihrem absehbaren Standpunkt beharre.

Zur Frage der Parteifähigkeit und der Sachbefugnis führte Rechtsanwalt Dr. Frank II aus, daß Adolf Hitler sowohl als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl, als auch als Vorsitzender des Nationalen Deutschen Arbeitervereins zu München er mit der Partei identisch sei und eine Gesamtorganisation für das ganze Reich darstelle, aktiv legitimiert sei.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke warf die Frage auf, ob die Sichtung des Materials inzwischen soweit vorgeschritten sei, daß mit der Freigabe gerechnet werden könne. Seiner Ansicht nach könne heute der Hauptpunkt nicht geklärt werden. Die einstweilige Verfügung beschränke sich nur auf die Durchführungen der Wahl erforderliche Material freizubekommen. Wenn in dieser Hinsicht positive Aussagen von der preussischen Regierung gemacht werden könnten, erübrigte sich vielleicht der Antrag auf einstweilige Verfügung. Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte hierzu, daß die Sichtung noch nicht beendet sei; doch sei aber Anweisung gegeben worden, alles Material, das nicht für das Ziel der Aktion in Frage komme, herauszugeben. Diese Beschränkung sei auch bereits in der Anweisung vom 15. März an die Landesstriminalstellen verfügt worden. Die Behinderung des Wahlkampfes sollte danach ausdrücklich ausgeschlossen werden. Die preussische Regierung müsse der Behauptung widersprechen, daß die Polizeiaktion nur eine Tarnung sein sollte, um die Partei im Wahlkampf zu hindern. Professor Osterle vom Landesstriminalpolizeiamt ergänzte diese Ausführungen dahin, daß die Prüfung in drei bis vier Tagen beendet sein werde. Demgegenüber erklärten die Vertreter der NSDAP, Dr. Frank und Dr. Freisler: Wenn die preussische Regierung ihre Aufgabe auf sofortige Herausgabe des Materials erfüllt, so würde einer gütlichen Einigung über den Antrag auf einstweilige Verfügung nichts im Wege.

Eine Ueberraschung

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte nach längeren weiteren Auseinandersetzungen, der konkrete Anlaß zu der preussischen Polizeiaktion sei ein

Brief des Reichswehrministers und Innenministers Dr. Gröner

vom 8. März an den preussischen Innenminister. Diesem Brief zufolge habe eine Persönlichkeit, die mit den Verhältnissen in der SA genau vertraut sei, Minister Gröner mitgeteilt, daß in der SA in letzter Zeit Maßnahmen zu machen seien, die zu bevorstehenden Anläß gäben. So habe man besonders in Schlesien die Waffenlager der Reichswehr festzustellen und alles vorbereitet, um sie durch Handstreiche zu nehmen. Alles lasse darauf schließen, daß mit einem Handreich der SA zu rechnen sei. Nach den Informationen des Gewährsmannes hätten Dr. Goebbels und Dr. Goering, Koch und andere Hitler für die Reichspräsidentenwahl zum letztenmal Gelegenheit gegeben, legal zur Macht zu kommen. Sollte sich nach Verkündung des Wahlergebnisses ergeben, daß die Kandidatur Hitler aussichtslos sei, so wäre schon am folgenden Tage mit dem Losschlagen zu rechnen.

Der Brief des Reichsinnenministers schloß, er gebe dem preussischen Minister hiervon Kenntnis mit der Bitte, das Notwendige zu veranlassen. Trotzdem habe der preussische Innenminister damals noch keine Schritte ergriffen. Als sich jedoch nach der Wahl die Nachrichten häuften, daß die Unterführer loszuschlagen wollten, daß Waffen- und Munitionstransporte stattfinden usw., habe der Minister am 15. März es für seine Pflicht gehalten, dieser Gefahr vorzubeugen. Ministerialdirektor Badt erklärte dann, daß alles Material, das mit dieser Aktion in Zusammenhang stehe, nicht herausgegeben werden kann. Das gesamte andere Material werde jedoch sofort wieder ausgehändigt werden.

Nachdem Rechtsanwalt Frank II sich noch eingehend über den Brief des Reichsinnenministers Gröner verbreitet hatte, wurde eine einstündige Mittagspause eingelegt.

Um 3.15 Uhr werden zu einer Vergleichsaudienz zwei Herren mit Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke verhandeln.

Der Vergleichsvorschlag

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, folgende Erklärung ab:

Rechtsanwalt Frank II hat in der Vormittagsitzung eine Aeußerung getan, die dahin gedeutet werden könnte, als wolle er dem preussischen Minister des Innern den Vorwurf einer Täuschung der Öffentlichkeit machen. Die Erörterungen über diesen Punkt haben ergeben, daß Rechtsanwalt Frank dieser Gedante fernzulegen hat. Damit darf ich die Sache als erledigt betrachten.

Im übrigen habe ich mich auf Grund der Erklärungen, die im Verlauf der Verhandlungen erfolgt sind, entschlossen, zu versuchen, den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen. Ueber den Inhalt dieses Vergleichsvorschlags und über die Aussichten des Zustandekommens vermag ich im Augenblick nichts zu sagen. Ich kann aber feststellen, daß ich mit beiden Streitparteien darin einig bin, daß es sich mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen nicht empfiehlt, in dem letzten Streitverfahren wegen Erlass einer einstweiligen Verfügung fortzufahren.

Anschließend schloß der Präsident die Sitzung.

Der Brief Grönners an Severing

WTB. Berlin, 25. März (Via Weizsäcker). Zu dem Brief des Reichsinnenministers Dr. Gröner an den preussischen Innenminister Severing wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß ein solches Schreiben tatsächlich abgefaßt und sein Wortlaut von Ministerialdirektor Dr. Badt richtig wiedergegeben worden sei. Der Reichsinnenminister habe diese Mitteilungen, um einen möglichst ruhigen Verlauf der Wahlen zu sichern, zur Nachprüfung an die Länder weitergeleitet, da ihm keine politischen Befugnisse zuzustehen. Die am Schluß des Briefes ausgesprochene Bitte, das Notwendige voranzutreiben zu wollen, entspreche der gemachten Form und bedeute keinerlei Stillnahme zu den in dem Brief enthaltenen Angaben. Dieser stelle auch keine Anerkennung einer bestimmten Aktion dar, sondern das Vorgehen Preußens sei in eigener Zuständigkeit erfolgt. Die bei den Nationalsozialisten erfolgten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen seien außerdem viel später vorgenommen worden und es könne nicht behauptet werden, der Brief Grönners habe den unmittelbaren Anlaß hierzu gegeben.

Im übrigen wird festgestellt, daß Reichsinnenminister Dr. Gröner von der preussischen Aktion nicht abgerückt und daß ausdrücklich bemerkt worden sei, daß er durch die Aktion etwa überreicht oder von ihr wenig erfreut gewesen sei.

Bemerkungen

Herr Gröner hat sich gegenüber dem anfänglich renitenten Naziminister Klages durchgesetzt. Das war seine selbstverständliche Pflicht, denn hätte Herr Gröner sich die Renitenz des Herrn Klages gefallen lassen, so hätte die Autorität der Reichsregierung einen sehr schweren Stoß erlitten, daß er kaum wieder gut zu machen war. Es soll auch anerkannt werden, daß Herr Gröner hinsichtlich der Bürgerkriegsvorbereitungen der Hitlerhorden pflichtgemäß und korrekt gehandelt hat. Daß er zunächst nicht von sich aus einschreiten konnte liegt daran, daß die ausübende Polizeigewalt in den Händen der Länderregierungen liegt, außer im Falle der Verhängung des Belagerungszustandes, wo die vollziehende Staatsgewalt in den Händen der Militärbehörden liegt.

Es steht zu hoffen, daß die Vorgänge der letzten Tage und die systematischen Vorbereitungen zu Putzungen und zum Bürgerkrieg von Seiten der Nazis nunmehr endgültig alle Berliner Stellen davon überzeugen haben, daß der Kampf gegen die Gewaltpolitik der Nazis umfassend und energig auf der ganzen Linie eingeleitet und durchgeführt werden muß. Ein bisher merkwürdig mutet das Verhalten des Staatsgerichtshofs in dem Prozeß an, den Hitler gegen die preussische Regierung angeklagt hat. Daß der Präsident des Reichsgerichts auf einen Vergleich hinarbeitet, als ob es sich um eine Klage privater Forderungen handelt, ist denn doch außerordentlich seltsam, wie es gleichfalls seltsam ist, daß der Staatsgerichtshof das Verbot der Naziblätter in Baden um vier Tage gekürzt hat. Die deutsche Strafrechtswissenschaft wandelt in politischen Prozessen Wege, die immer bedenklicher werden und die u. E. eine alsbaldige gesetzliche Aktion erfordern, mit dem Ziel, die schweren innerpolitischen Schädigungen durch die Justiz auf die eine oder andere Weise zu verhüten.

Abbau der weltlichen Schulen in Braunschweig

WTB. Braunschweig, 24. März. Der Minister für Volkserziehung hat verfügt, daß mit Ablauf des Schuljahres 1931/32 in Braunschweig, Wolfenbüttel und Schöningen die Errichtung von Sammelklassen sowie die Renaufnahme von Kindern in Sammelklassen eingestellt wird.

Auferstehung 1932

Alle, die dumpf und stumpf vegetieren,
Die sich in kleinlichen Dingen verlieren,
Die immer leiden, ohne zu klagen,
Die immer wägen, ohne zu wagen,
Die Halben, die Hohlen, die Leeren, die Dummen,
Die vor Demut ersterben, die vor Furcht verstummen.

Die abseits stehen,
Die jenseits leben,
Die rückwärts gehen,
Die seitwärts streben,
Die den Forderungen des Tages entweichen —
Das sind Leichen!

Ihr Wachen, ihr Starken, ihr Lebensvollen,
Ihr mit dem kampzielbewußten Willen,
Ihr Jungen, ihr Alten, ihr Männer, ihr Frauen,
Die ihr am Werke der Zukunft wollt bauen:
Ihr! Werdet den Schwachen und Feigen Mut!
Ihr! Werdet den Hohlen und Leeren Blut!
Ihr! Werdet den Stillen und Stummen Mund!
Ihr! Werdet den Haltlosen, Strauchelnden Grund!
Ihr! Werdet zu Ruten, die Faulen zu schrecken!
Ihr! Werdet ein Dröhnen, die Schläfer zu wecken!
Ihr! Wirket und werbet! Ihr! Wehrt dem Vergehen!
Ihr! Werdet gleich Göttern,
Laßt die Leblosen der Masse,
Laßt die „Toten“ der Klasse auferstehen!

Tutt, ein Wirker

Wanderer ins Nichts!

Woche um Woche, Tag für Tag haben wir uns mit unseren Gegnern herumgeschlagen. Sei es in Versammlungen, an den Stempelstellen, in den Betrieben, im Kontor oder selbst in unseren Häusern. Wir stehen im erbitterten Ringen gegen den schlimmsten Feind, der je der Erkenntnis, dem Fortschritt und der Arbeiterbewegung entgegenstand. Unsere Zeitungen hallen wider von diesem Kampf um die Erhaltung alles dessen, was Sozialdemokratie und Gewerkschaften durch Generationen in mühseliger Arbeit und mit ungezählten Opfern gebaut und errungen haben. Dürfen wir nicht die Atempause dieser Ostertage benützen, ein einziges Mal von uns selbst zu sprechen?

Wir wissen, wie schwer der Weg ist und welche Mühe uns in diesen kommenden Wochen bevorstehen. Wir sind auch weit entfernt, elf Millionen nationalsozialistische Stimmen zu unterschätzen; zuviel, daß wir die Hände in den Schoß legen, zu wenig aber auch, daß sie dem Häufpling der braunen Hühner den Weg zum Sieg freimachen könnten. Wir jubilierten jedoch nicht. Dazu ist keine Zeit. Aber eines wissen wir, wenn es am 13. März 1932 einen Sieger gegeben hat, so ist es der um die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften gruppierte Kern der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Seit Jahren bereits heult der Schlachtruf durch die Lande: „Nieder mit dem Marxismus“. Seit 10 Jahren wälzt sich gegen uns eine Flut von Schlämm und Lüge und Bedrohung. Was in diesem Kampf um die Präsidentschaft der deutschen Republik gegen uns, gegen jeden Fortschritt und gegen jegliche Freiheit angezettelt und eingeleitet wurde, das war eine Sammlung allen Möbels, allen Stanks und aller Barbarei, die es in Deutschland seit dem dreißigjährigen Krieg gegeben hat. Es ist, als hätten wir noch einmal mit allen finsternen Mächten von 300 Jahren zu ringen, mit Schatten, die befehtigt zu haben, der Ruhm und die Ehre der besten unserer Väter und Vorkämpfer war, ist und allezeit sein wird.

Seit zehn Jahren tobt diese Schlacht und der 13. März war wieder einmal der Beweis unserer Stärke und unserer Unbesiegbarkeit. Weil wir Hindenburg gewählt haben? Fragt einmal jene, die am Freitag vor der Wahl in bitterster Kälte und nach hundentlangem Weg im Berliner Lustgarten mit roten Bannern aufmarschierten, 250 000 Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen. Alles nur um für Hindenburg zu demonstrieren? Nein: Am Hitler zu schlagen und mit ihm die Barbarei von 300 Jahren.

Hitler rühmte sich vor einigen Tagen, er habe am 13. März mehr Stimmen errungen, als die Sozialdemokratie nach 40-jähriger Tätigkeit zusammenbringen konnte. Armer Hitler! Wir werden ihn einmal in vier Jahren fragen, wo seine 11 Millionen geblieben sind. Und das ist das Große der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie; daß wir geblieben sind. Daß es in unseren Reihen auch nicht eine einzige Minute des Zauberns gegeben hat, daß diese viele Millionen sozialdemokratischer Wähler und Arbeiter den Sinn dieser Wahl und das ganze Gewicht unseres Stimmzettels klar erkannt und darnach gehandelt haben, trotz allen Geschreies und aller Trommel von links und rechts, trotz Hunger, Not und Arbeitslosigkeit.

Hier liegt in Wahrheit jenes „Rätsel“ der sozialistischen Arbeiterbewegung, das zu erkennen Hitler erhebliche Kopfschmerzen machen wird. Drüben die gedankenlos und wahllos zusammengelaufenen Millionen von Menschen, deren soziale Basis unrettbar zertrümmert ist, weil der Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bis in die Grundfesten erschüttert worden ist. Es liegt uns fern, jene Millionen Hitlerwähler zu beschimpfen, jene armen Bauern, die verarmten Handwerker, jene enteigneten, entwurzelten und ins Proletariat gestoßenen Söhne und Töchter des ehemaligen Mittelstandes. Mitleid haben wir mit ihnen, ob ihres Hungers, ob ihrer verlorenen Existenz, ob ihres tragischen Geschicks, ob ihres Wunderglaubens: Ein Scharlatan wie Hitler könne helfen, weil er sich mit allen aus drei Jahrhunderten geglaubten und geklauten Zauberformeln und Wahrsagerereien umhüllt. Hitler an die Macht! Und was der Weltkrieg und die Weltkatastrophe des Kapitalismus vernichtet haben, sollen Zauberprüche ungeschehen machen und wieder aufrichten? Bedauernswerte Menschen, arme Jugend! Werben, agitieren, trommeln, als ob die verunkelte bürgerliche Macht und Herrschaft eines Tages durchs Brandenburger Tor zurückzubringen sei. **Wanderer ins Nichts!** dem ein Phantom Leben ist, denen die Schatten der Geschichte als rettende Zukunft erscheinen.

In diesen Ostertagen hallt der Name Goethes durch alle Städte und durch alle Länder. Ob es die Satten waren, ob die Schatten, aber gar die nationalsozialistischen Ratten: Alle haben sie Goethe gepriesen und seine Werke ausgebeutet. Keiner von ihnen hat die tiefe Wahrheit jenes „Sterben und Werden“ erkannt.

Karl Marx hat der Lehre Goethes den entsprechenden Gehalt gegeben: Daß jede Gesellschaft, wenn sie reif ist, sterben muß, um einer neueren, besseren Ordnung Platz zu machen. Das Sterben sehen und führen die Wanderer ins Nichts. Das **Werden** und das neue Sein ist ihnen unfassbar. Wir aber, wir kämpfen nicht, weil wir annehmen, das Sterben der älteren menschlichen Gesellschaft verhindern zu können oder gar zu wollen, um die Bahn frei zu machen für den Aufbau der neuen, der sozialistischen Welt!

Das ist unser Glaube an die Auferstehung. Darin liegt für uns das große Symbol dieser Ostertage und des jungen Frühlings. Das ist unsere Kraft und darin liegt die Unbezwingbarkeit unserer Idee. Deshalb stehen wir und deshalb werden wir siegen, weil durch die Ueberwindung der durch den Kapitalismus bedungenen materiellen und sozialen Not zugleich die Barbarei niedergewungen und die Geburtsstunde sein wird für die Menschwerdung des Menschen.

Zerlegungsarbeit bei der Reichsmarine

NR. Kiel, 24. März. (Eigene Meldung.) Die Polizei hat gestern bei einer Anzahl Kommunisten, die in dringendem Verdacht waren, sich mit Zerlegungsarbeiten in der Reichsmarine beschäftigt zu haben, Durchsuchungen vorgenommen. Einige Personen wurden vorläufig festgenommen.

Änderung der Wahlquotienten in Preußen

Wie der Amtliche Preussische PresseDienst mitteilt, wird in der preussischen Gesammmlung eine Verordnung des preussischen Staatsministeriums zur Änderung des Landeswahlgesetzes veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Das Gesetz über die Wahlen zum Preussischen Landtag (Landeswahlgesetz) wird wie folgt geändert:

In den §§ 30, 31 und 32 wird die Zahl „40000“ durch die Zahl „30000“ und in § 32 die Zahl „20000“ durch die Zahl „25000“ ersetzt.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage in Kraft, an dem die nächsten Hauptwahlen zum Preussischen Landtag bestimmt werden.

Verbot der Hitler-Kundgebung in Braunschweig

Nazi-Klages hat dem Reichsministerium des Innern am Donnerstagabend um 21½ Uhr telegraphisch mitgeteilt, daß er die für Sonntag in Braunschweig geplante Kundgebung der Hitlerjugend verboten hat. Im Gegenzug dazu hat der braunschweigische Polizeipräsident auf Veranlassung des Herrn Klages in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Nachricht verlautbaren lassen, daß die Kundgebung vom Reich verboten sei.

Der zwischen dem Reich und Braunschweig drohende Konflikt findet also seine Erledigung mit zwei Verlautbarungen. Davon ist die eine für den internen Gebrauch bestimmt, die andere für die Öffentlichkeit. In der einen gibt Klages an, daß er die Nazi-Kundgebung verboten hat, in der anderen wird versucht, die Schuld für dieses Verbot dem Herrn Klages auf das Reich abzuwälzen. In der einen gibt sich Klages legal und friedlich, in der anderen versucht Klages die Tatsache zu verbergen, daß er selbst kein Begeben hat, ehe eine Anordnung durch das Reich erfolgte.

Um die Beamtenpolitik

Aus Berlin wird berichtet:

Die Frage der Beamtenpolitik ist zur Zeit wieder einmal aktuell geworden, nachdem die Sitzung des Gesamtverbandes des Deutschen Beamtenbundes ausschließlich zu diesen Fragen Stellung nahm. Interessanterweise konnte man in dieser Sitzung sich nicht darüber einigen, offen zur Frage der Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Die parteipolitische Zuspaltung hat Schwierigkeiten hervorgerufen. Außerdem befahte man sich in dieser Sitzung mit dem Problem der Preis- und Gehaltsentfaltung, wobei darauf hingewiesen wurde, daß der 10prozentigen Gehaltsentfaltung nur eine Preisentfaltung von 6,3 Prozent gegenüberstünde. Es ist aber nicht gelungen, eine zentrale Preisüberwachungsstelle für die Dauer aufrecht zu erhalten, was im Beamtenbund scharf kritisiert wurde.

Kommunistischer Verleumder

Stuttgart, 24. März. (Eig. Meld.) In der kommunistischen Südd. Arbeiterzeitung erschien in der vergangenen Woche ein Bericht über eine sozialdemokratische Versammlung in Reilsau, in der Landtagspräsident Wligger geäußert hätte. Der Bericht behauptete nun, daß Genosse Wligger während seines Referats gegen kommunistische Verleumdungsteilnehmer, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar gemacht hätten, Schimpfwörter wie „Lasshuben“, „Kotnasen“ und „Lumpen“ ausgesprochen habe. Außerdem wurde in Bezug auf die Verleumdung des Landtagspräsidenten ausgeführt:

„Derlei unerschämte Geselle, der im Landtag besonders gegen über Vertretern der Bourgeoisie nicht genug kriechen und schmeicheln kann, der will Arbeiter beschimpfen. Ausgerechnet der Herr Wligger, von dem es früher in der alten Sozialdemokratie hieß, daß er seine Gefinnung jeden Tag fünfmal wechsle, wenn es seine privaten Interessen erfordern, der Kerl will Arbeiter beschimpfen.“

Weaen des Artikels hatte sich der kommunistische Redaktionsvolontär S a a vor dem Stuttgarter Schnellgericht zu verantworten. Der Angeklagte, der den Inhalt des Artikels vor seiner Druckerzeugung nicht gekannt haben will, machte vor Gericht den Versuch, so etwas wie einen Wahrheitsbeweis anzutreten, was ihm aber kläglich mißlang.

Das Gericht erkannte gegen den beschuldigten Saag auf eine Geldstrafe von drei Monaten. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß Saag nicht den Schimmer eines Beweises dafür erbracht habe, daß sich Landtagspräsident Wligger bei seiner politischen Tätigkeit von egoistischen Motiven habe leiten lassen. Dem Angeklagten wurde noch das Recht surkannt, das Urteil auf Kosten des Verurteilten in der „SZ“ zu veröffentlichen.

Arbeiterchuh und Arbeiterinternationale

Der Jahresbericht Albert Thomas'

NR. Genf, 24. März. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, stellt in einem Rückblick auf die Tätigkeit der internationalen Arbeitsorganisation im vergangenen Jahr fest, daß die Ratifizierung der von den internationalen Arbeitskonferenzen beschlossenen Abkommen noch langsamer vor sich gegangen ist, als in den Vorjahren. Der soziale Fortschritt habe sich infolge der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit verlangsamt. Das Gebüde des Arbeitsschutzes sei aber nicht erschüttert worden. Thomas bemüht sich in seinem Rechenschaftsbericht auch um den Nachweis, daß die internationale Arbeitsorganisation initiativ gewirkt habe, um der Weltarbeitslosigkeit beizukommen. Praktische Lösungen sind aber auf den Verhandlungen des Verwaltungsrats und der Kommission für Arbeitslosigkeit nicht hervorzuheben.

Der Vormarsch der dänischen Sozialdemokratie

Kopenhagen, 24. März. (Eig. Draht.) Der Jahresbericht der dänischen Sozialdemokratie für das Geschäftsjahr 1931 stellt fest, daß die Partei bei einer Gesamtbevölkerung des Landes von drei Millionen Menschen 174 000 Mitglieder, darunter 59 000 Frauen zählt.

Die dänischen Sozialdemokraten sind unter der Führung Staunings seit drei Jahren maßgebend an der Regierung beteiligt. Während nun aber im allgemeinen die Refrutierungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie ärdrer sind, wenn die Partei in der Opposition steht, hat die dänische Sozialdemokratie in diesen drei Jahren einen Mitgliederzuwachs von rund 25 000 zu verzeichnen. Trotz der Wirtschaftskrise, die auch in Dänemark wütet, sind dort der Sozialdemokratischen Partei im letzten Jahr 3000 Mitglieder beigetreten.

Brolat geht auf Urlaub

NR. Berlin, 24. März. Der Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Brolat, der, wie bekannt, bei seiner Zeugenernehmung im Starekprozess nicht verurteilt worden war, hat den Aufsichtsrat der BVG schriftlich um Beurlaubung gebeten, bis das gegen ihn schwebende Untersuchungsverfahren beendet ist.

Das ist

J. Garbáty

Als Josef Garbáty vor mehr als 50 Jahren anfang, war sein Geschäft ein kleiner, bescheidener Raum, in dem er selbst mit wenigen Gehilfen Cigaretten arbeitete: „Königin von Saba“ Cigaretten.

Heute geht er als Seniorchef durch eine riesige Fabrik mit Hunderten von Arbeitern, die täglich Millionen Cigaretten herstellen: „Königin von Saba“ Cigaretten.

Die Zeit verging; aber der Mann blieb derselbe und die Cigarette blieb dieselbe: die unerreichte, echte

GARBATY

KÖNIGIN VON SABA

SABA ohne

dick 3 1/3 PF rund

Kündigung von Tarifverträgen

Äußerungen des Reichsarbeitsministeriums

Zu der Notiz einer Berliner Tageszeitung, monach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohnverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums.

Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die 4. Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert.

Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeintliche Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben. Soweit Veränderungen erforderlich sind, sollen die Verhandlungen der Beteiligten baldigst eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite her die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen.

Im Uebrigen sind in der letzten Zeit vereinzelt Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf der Kündigung bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen. Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium weiter mitteilt, nach Wortlaut und Zweck der fraglichen Vorschrift der Notverordnung nicht berechtigt.

Darnach laufen Tarifverträge nur dann mit dem 30. April 1932 ab, wenn sie nicht auf längere Dauer abgeschlossen sind. Auf längere Dauer — nämlich für unbestimmte Zeit — sind aber auch solche Tarifverträge abgeschlossen, die nach ihrem Inhalt zum Ablauf der Kündigung bedürfen.

Das Reichsarbeitsministerium nimmt ferner an, ohne damit der arbeitsgerichtlichen Entscheidung im Einzelfalle vorzuziehen zu wollen, daß Kündigungen von Lohn- und Gehaltstarifverträgen, die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung, also vor dem 8. Dezember 1931, abgeschlossen und später nicht wiederholt wurden, mit Rücksicht auf die durch die Vorschriften der Notverordnung grundlegend veränderte Lage nicht mehr als wirksam angesehen werden können, falls nicht besondere Umstände, wie die Tatsache, daß der Tarifvertrag nur einmal jährlich geändert werden kann, ausnahmsweise eine andere Auffassung bedingen.

Diktatur im Memelland

Die Auflösung des memelländischen Landtages

L. Berlin, 23. März. Mit der gestern erfolgten Auflösung des memelländischen Landtages hat die litauische Regierung nicht nur ein Unrecht schlimmster Art neuerdings dem schon begangenen zugefügt, sie hat auch von neuem sowohl das Deutsche Reich als auch die Signatarmächte in einer Weise brüskiert, die die strengste Abmahnung erfordert.

Ganz deutlich hat sich aus dieser neuen litauischen Aktion ergeben, daß das eingeleitete Direktorium von vornherein unerschrocken gewesen ist und daß es ihm gar nicht darum zu tun war, das Vertrauen der litauischen Bevölkerung zu gewinnen, sondern daß es die Aufgabe hatte, weitere Gewalttätigkeiten vorzubereiten. Märe das Memel-Statut befolgt worden, so war es Pflicht des Direktoriums, nach dem Mißtrauensvotum leitens des memelländischen Landtages abzutreten. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die deutsche Regierung stillschweigend das neue unerhörte Verhalten der litauischen Regierung gefallen läßt. Und da auch die Signatarmächte in ihrer Rolle zum Ausdruck gebracht haben, daß eine Auflösung des Landtages eine Verletzung des Memelstatuts und eine Bruchstückung der Empfehlungen des Völkerbundes darstellt, so ist wohl damit zu rechnen, daß ernste Schritte unternommen werden.

Eine denkbare noch dringlichere Aufgabe steht sowohl Deutschland, als auch den Signatarmächten dort im Memelland bevor. Die neuen Landtagswahlen dort sind fällig und nach dem bisherigen Verhalten Litauens ist man berechtigt, anzunehmen, daß

man die Wahl im Memelland auf jede nur mögliche Art und Weise zu beeinflussen versuchen wird. Gewisse Maßnahmen des Direktoriums, die sich auf die Einbürgerungsbestimmungen von Litauern nach dem Memelland beziehen, deuten darauf hin, daß eine Wahlschiebung größter Eile geplant ist. Denn man hat in Romno großes Interesse daran, das Stimmverhältnis der Landtagsabgeordneten in Memel anders zu gestalten. Wie das im einzelnen verhandelt werden soll, dürfte sich in absehbarer Zeit zeigen. Von deutscher Seite soll sowohl eine Demarche in Romno als auch bei den Regierungen der Signatarmächte erfolgen, und wenn diese sich auch zunächst mit der Auflösung des Landtages und mit dem Zustandekommen des Direktoriums überhaupt beschäftigen wird, so ist es doch anzunehmen, daß sie auch das Augenmerk der Signatarmächte auf die kommenden Wahlen im Memelland aufmerksam machen wird.

Verhaftung von Arbeiterführern in Memel

MEMEL, 24. März. Wie das Memeler Dampfboot meldet, sind in den frühen Morgenstunden des Donnerstag von Beamten der politischen Polizei mehrere Führer der Arbeiterpartei verhaftet und zunächst nach dem Gebäude der politischen Polizei gebracht worden. Bei familiären Verhafteten, deren genaue Zahl noch nicht festgestellt werden konnte, wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Furchtbare Familientragödie

Oberlandesgerichtsrat erschießt sich und 6 Personen

TRA, Jena, 25. März. In einem Hause der Westendstraße spielte sich in der vergangenen Nacht ein Familien-drama ab, das tiefen Menschen das Leben gekostet hat. Der Oberlandesgerichtsrat Dr. Wilhelm Meurer, der mit seiner Frau in Schöneburg lebte, hat diese, seine beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder, seine bei ihm wohnenden Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte und sich selbst erschossen. Sechs Personen waren sofort tot, die siebente starb im Laufe der Nacht. Unglückliche Familienverhältnisse und die bevorstehende Trennung der Familie sollen den Oberlandesgerichtsrat zu dieser furchtbaren Tat veranlaßt haben.

Der Oberlandesgerichtsrat Meurer, der in der hiesigen Wohnung des Oberlandesgerichtsrats Meurer wohnt, hat seine beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder, seine bei ihm wohnenden Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte und sich selbst erschossen. Sechs Personen waren sofort tot, die siebente starb im Laufe der Nacht. Unglückliche Familienverhältnisse und die bevorstehende Trennung der Familie sollen den Oberlandesgerichtsrat zu dieser furchtbaren Tat veranlaßt haben.

Am Abend des Gründonnerstags wollten in der hiesigen Wohnung Dr. Meurers dessen alte Eltern, seine geschiedene Ehefrau und Frau Rittweger, Man hatte sich aneinander zu einer letzten Zusammenkunft vor der in Aussicht stehenden Trennung verammelt. Die Hausbesitzer wurden gegen Mitternacht durch sieben kurz hintereinander in der Meurerschen Wohnung folgende Schüsse erschreckt und alarmiert. Es dann einige Personen in die Wohnung Meurers eindringen, bot sich ihnen in den verschiedenen Zimmern ein geradezu grauenhafter Anblick: Sechs Tote mit furchtbaren Kopfverletzungen und ein tödlich verletzter Knabe. Wie von der Polizei festgestellt wurde, hat Dr. Meurer ansehn-

lich zunächst die drei Frauen, seine frühere Gattin, die Frau Rittweger und seine alte Mutter, die sich noch zusammen im Wohnzimmer aufgehalten hatten — zwei Frauen lagen auf einem Sofa — dann seinen gelähmten Vater und einen der beiden Jungen, die in ihren Betten lagen und wohl schon geküßt hatten, durch Kopfschüsse aus einem Revolver getötet und zuletzt sich selbst erschossen. Der jüngere der beiden Knaben wurde in seinem Bett noch lebend, aber durch einen Kopfschuß so schwer verletzt angetroffen, daß sein Zustand von vornherein als hoffnungslos gelten mußte.

Ueber die Beweggründe der Tat und den näheren Verlauf derselben lassen sich bis jetzt nur Vermutungen anstellen. Vermutlich hat der hohe richterliche Beamte, der nun endgültig von seiner früheren Frau und seinen Kindern Abschied nehmen sollte, im letzten Moment die Nerven verloren.

Wahnsinnstas einer Schwangeren - Ledige Mutter tötet sich und 3 Kinder

BERLIN, 25. März. (Eig. Meld.) Im Norden Berlins ist heute morgen eine granzehafte Mordtat entdeckt worden. In der Bergstraße wurde die 33jährige unversehrte Klara Engwicht und ihre drei Kinder im Alter von 2-7 Jahren an den Wänden ihrer Betten ermordet aufgefunden. Die Mordkommission stellte fest, daß Klara Engwicht, die im achten Monat schwanger war, offenbar in einem Anfall heftiger Wut diese Wahnsinnstas begangen hat. Die so tragisch aus dem Leben Geschiedene ist bis vor kurzem Reinsmädchen bei einer Möbelfirma gewesen. Sie mußte diese Stellung jedoch wegen ihrer Schwangerschaft aufgeben und bezog seither für sich und ihre drei Kinder Wohlfahrtsunterstützung.

Glossen

Sintenherum

Im Angriff des Herrn Goebbels führt man an verstellter Stelle einen Krieg der Hasen und der Raben gegen Hitler und seine Münchener Klique. Wer Augen hat zu sehen, kann dabei auf reizende Sächelchen stoßen. So findet man im Angriff vom 17. März eine entrüstete redaktionelle Bemerkung über den Hochschulring deutscher Kajakfahrer. Es wird ihm vorgeworfen, daß er die Leitung des Verbandes in volksfremde Hände lege und das sei unwürdig.

Wer sind die volksfremden Hände? Wir lesen im Angriff? „In Berlin herrschen ein staatenloser Walte, Herr von Rautenfeld, und ein Walte, Herr von Solbeck. In Dresden steht seit langem der Tische Koll Hübner an der Spitze, während in Königsberg die Leitung in den Händen des Walte Kollsen liegt.“

Rautenfeld, der staatenlose Walte — der Name klingt uns so vertraut, und richtig, sind die Namen Rautenfeld und Rosenbergs nicht einigermaßen ähnlich, wobei Herr Rautenfeld den Vornamen hat, daß sein Name nicht mit einem jüdischen Familiennamen verwechselt werden kann. Herr Rosenbergs, der Nachkriegsdeutsche und Chefredakteur des Völkischen Beobachters, war auch ein staatenloser Walte, ehe er sich das deutsche Staatsbürgerrecht verschaffte. Wenn Rautenfeld ein volksfremdes Element ist, wenn es unendlich ist, die Leitung eines Sportverbandes in seine Hände zu legen, was soll man dann dazu sagen, daß Hitler die Leitung des Völkischen Beobachters in die Hände des Walte Rosenbergs gelegt hat?

Nun aber zu dem Tischen Hübner. Hübners gibt es in Dresden und Sachsen wie Sand am Meer. Das ist ein Name, der geradezu typisch sächsisch ist. Aber auch da kommt uns ein Anklage. Sind denn die Namen Hübner und Hitler wirklich so sehr verschieden, daß man sagen könne, das eine sei ein sächsisches und das andere ein deutscher Name? Wenn einer Tische ist, weil er Hübner heißt, dann ist Adolf Hitler ebenfalls ein volksfremdes Element.“ Ausländer als deutsche Sportführer.“ so entrüstet sich der Angriff über Herrn Hübner. Wie mühte er sich bei solchen Grundrissen über Herrn Hitler entrüsten, der nicht nur deutscher Sportführer, sondern gleich Reichspräsident werden will?

Herr Goebbels reißt öffentlich das Maul auf für Hitler. Sintenherum macht er sich über ihn lustig und läßt ihn und seine Münchener Freunde in seinem Blatt veräppeln. Das zeigt, wie ernst sich die Herrschaften untereinander nehmen.

Auf Hitlers Spuren

„Der morgige Tag sieht entweder eine nationale Regierung über Deutschland oder aus tot, ein drittes gibt es nicht!“ So bellamerte Hitler am Vorabend des Bürgerbräutellerputsches. Der andere Tag zeigte, daß es doch noch ein Drittes gab: nämlich Hitler auf der Flucht in die Villa einer Freundin. Mit der tröstlichen Erfahrung, daß es am Ende doch immer noch ein Drittes gibt, haben die Nazisführer vor dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl geschrien: Sieg oder Untergang, ein Drittes gibt es nicht! Nun, wo ist der Sieg, wo sind die Leichen der Selbsten?

Was die Führer können, können die Mannschaften allemal. Man hört aus Mittenwald von zwei begeisterten Hitlerjüngern, die am 13. März öffentlich erklärten, wenn Hitler nicht flehe, so wollten sie nicht mehr leben. Der eine wollte sich erschließen, der andere sich erhängen, getreu dem Hitlerwort: Der morgige Tag sieht aus als Sieger oder tot! Da aber auch Hitler immer noch am Leben ist, warum sollten sich die Mannschaften toteschließen, nur weil sie einen Hitlerischwur getan haben, und so leben die beiden getreuen Hitlers von Mittenwald heute immer noch.

Man hat sie allerdings etwas bössartig daran erinnert, daß sie wie Hitler ein Ehrenversprechen nicht eingelöst haben. Der eine von ihnen, der seinen Selbstmord durch Erhängen angefündet hatte, erhielt mit der Post einen Strid zugeandt.

Die Wahrheit über Dietramszell

In Dietramszell, wo sich Hindenburg im Sommer aufzuhalten pflegt, sind 228 Hitlerstimmen gegen 157 Hindenburgstimmen abgegeben worden. Dies Ergebnis ist durch schamlosesten Terror erzielt worden, an dem der Bürgermeister Jand, der Lehrer und der Ortsarzt lebhaft beteiligt waren. Diese drei waren die Drahtzieher einer schamlosen Agitation gegen Hindenburg, die auf das unanständigste geführt wurde. Der Gendarmeriekommissar von Dietramszell hatte die größte Mühe, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Er wurde dauernd von SA-Leuten förmlich überwacht, so daß gemäßigten die Volksgewalt ausgeschaltet war. Es wurde öffentlich angeordnet, ob es anständig sei, eine Liste mutmaßlicher Hindenburgwähler zu veröffentlichen, damit man nach der Wahl mit ihnen abrechnen könne. Angestellte und Diensthöfen wurden, weil sie Hindenburg wählten, angepöbeln, vertrieben und Hindenburgwählern wurde nach der Wahl mit Haub, Minderungen und Gurgelabschnitten gedroht. Unter solchem Terror ist das Wahlergebnis von Dietramszell aufzubegehren. Die Nationalsozialisten haben ihre ganze Gemeinheit auf diesen Ort konzentriert, weil sie glaubten, Hindenburg damit persönlich treffen zu können.

Borher und nachher

Heute sind sie wieder ganz legal, egal legal und wollen von nichts gemocht haben. Borher blieb es ganz anders. In einer Werbeversammlung der SA sprach der Redakteur der Niederbayerischen Tageszeitung Dr. Haupt folgendermaßen: „In einigen Wochen ist die nationalsozialistische Revolution. Ihr Gelingen hängt davon ab, daß die SA stark genug ist. In den nächsten Wochen fällt die Entscheidung, was aus Deutschland in den nächsten hundert Jahren wird. Gewinnt die SA, so bleibt von den anderen keiner gesund, verliert die SA, so bleibt von den anderen ebenfalls keiner gesund.“ Das ist die Realität, so wie wir sie vor dem 13. März aufgefakt haben. Heute wollen sie von nichts mehr wissen!

Studentenunruhen in Rumänien

BULAREST, 24. März. Studentische Vitalisten der rechtsradikalen „Eisernen Garde“ hatten sich in Jasso zu einer Protestversammlung gegen das Vorgehen der Polizei bei den Studentendemonstrationen in Bularest verammelt. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Zahlreiche Polizisten und Studenten wurden verletzt. Die Studenten verweigerten vollkommen die Sonatage und schlugen in der Hauptstraße die Fensterheben ein. Gendarmerie eilte mit gefülltem Bajonett den Demonstrationen im Laufschritt nach. Beim Studenteneinfall kam es zu neuen Zusammenstößen. Das beim wurde von Militär umzingelt. Die Stadt Jasso ist in höchster Erregung. Zahlreiche Militärpatrouillen durchziehen die Stadt. Die Unruhen sind geschloffen. Die Regierung ist unannehmbar, um die nötigen Maßnahmen zur Verhütung weiterer Zwischenfälle zu beschließen.

Badisches Landes-theater Karlsruhe

Spielplan vom 26. März bis 3. April 1932

Am Landes-theater: Samstag, 26. März. Auber Mele. Neu einstudiert: Faust I. Teil. Von Goethe. 19-23 Uhr (4.00). — Sonntag, 27. März. Auber Mele. Neu einstudiert: Faust II. Teil. Von Goethe. 18-22 Uhr (4.00). — Montag, 28. März. Nachmittags: Zu Hecins Freileben. Im selben Saal: Abends: Die Schindler. 18-22 Uhr (4.00). — Abends: Auber Mele: Der Alpenröder. Komische Oper von Johann Strauß. 19.30-22 Uhr (6.30). — Dienstag, 29. März. Die Schindler. Von Strauß. 20 bis gegen 23 Uhr (5.70). — Mittwoch, 30. März. *A 25 (Mittwochsmusik). 18-22 Uhr (4.00). Der überbrückten Sämann. Von Schafersberg. 21-22.15 Uhr (4.00). — Donnerstag, 31. März. *D 24 (Donnerstagsmusik). 18-22 Uhr (4.00). Zum ersten Mal: Sprung über Leben. Komödie von Hans R. Meißel. 20-22.30 Uhr (4.20). — Freitag, 1. April. *F 24 (Freitagsmusik). Der Freischütz. Von Weber. 20-22.30 Uhr (5.70). — Samstag, 2. April. *C 21. 18-22 Uhr (4.00). Die Geier über dem Meer. Von Rollé. Die Waisentöchter. Von Müllers. 21-22.30 Uhr (3.50). — Sonntag, 3. April. Nachmittags: Zu Hecins Freileben. 18-22 Uhr (4.00). Im selben Saal: Einzelspiel von De-

nachts. 15-18 Uhr (4.20). — Abends: *B 22. 20-22.30 Uhr (6.30). Nigelt. Von Verdi. 20-22.30 Uhr (6.30).

Im Sächsischen Konzerthaus: Sonntag, 27. März. * Zum ersten Mal: Sommer von einh. Operette von Rajal. 19.30-22 Uhr (2.60). — Montag, 28. März. * Zur goldenen Dieb. Operette von Benasch. 19.30 bis 22.15 Uhr (2.60). — Dienstag, 29. März. * Sommer von einh. Operette von Rajal. 19.30-22 Uhr (2.60). — Sonntag, 3. April. * Sommer von einh. Operette von Rajal. 19.30-22 Uhr (2.60).

In der Sächsischen Festhalle: Samstag, 2. April. Zum 200. Geburtstag von Joseph Haydn: Die Schöpfung. 20-22 Uhr (0.50-2.00).

Bei Schmerzen in den Gelenken u. Gliedern haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Zahlreiche Dank-schreiben über Logal bei veralteten Gelenk-, bei denen kein anderes Mittel half! Ein Versuch überzeugt! Frag. Sie Ihr Arzt. In all. Apoth. Ermäßigter Preis M. 1.40. 12, 14, 16, 18, 20, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1000.

Vorwärts zum Umbau der Wirtschaft!

Planmäßige Wirtschaftsführung und -kontrolle - Grundlagen eines Gewerkschaftsprogramms

Im Bundesauschuss des AFA-Bundes hat nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Kaufmännischer Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung Dr. Sahr die folgenden Richtlinien eines wirtschaftspolitischen Programms bekräftigt, dessen überragende Zeitbedeutung es aus den einzelnen Forderungen und ihrem inneren Zusammenhang von selbst ergibt. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist ohne wirtschaftliche Gesamtreform nicht mehr möglich. Die Zeit der Wirtschaftsführung durch den Staat ist gekommen. Planmäßige Wirtschaftsführung ist die Aufgabe der wirtschaftspolitischen Realpolitik geworden. Der AFA-Bund gibt der Öffentlichkeit sein Programm als Material für die Vereinigung aller gewerkschaftlichen Einzelverbände zu einer einheitlichen Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften bekannt.

I. Arbeitsbeschaffung und Massenkaufkraft

Die Zahl und die Art der aus dem Produktionsprozess hinausgedrückten Arbeitnehmer ist unerträglich angewachsen. Der Einlass losloser und sofort wirkender Maßnahmen ist unerlässlich geworden, um einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen Beschäftigung zu geben und das Los der Übrigen zu mildern.

Die Politik der Lohnsenkung hat Schiffbruch erlitten und darf unter keinen Umständen fortgesetzt werden. Die Wiederbelebung der Wirtschaft leht vielmehr die Stärkung der Reallohne der Massen voraus. In den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik müssen daher unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur Steigerung der Massenkaufkraft gestellt werden.

1. Es sind sofort öffentliche Arbeiten großen Ausmaßes in Angriff zu nehmen, insbesondere die dringlichsten der in den letzten Jahren wegen der Finanznot zurückgestellten Projekte. Die Regierung hat alle Mittel und Wege zu prüfen, wie ohne Erschütterung der Währungsfinanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden können. Die Gewerkschaften werden ihrerseits der Regierung und der Öffentlichkeit ihre Vorschläge unterbreiten.

2. Alle Möglichkeiten einer besseren Verteilung der vorhandenen Arbeit sind auszunutzen, insbesondere durch gezielte Durchführungen der 40-Stunden-Woche oder Fünf-Tage-Woche mit entsprechender Neueinstellung von Arbeitskräften und gleichzeitigem Ausbau der Kurzarbeiterunterstützung zur Sicherung des Lebensstandards.

3. Es ist ein langfristiges Wohnungsbauprogramm aufzustellen, das die Förderung des Kleinwohnungsbaus mit öffentlichen Mitteln zu tragbaren Mieten und seine Durchführung mit Hilfe gemeinnütziger Organisationen sichert. An Stelle der Haussteuer ist eine Rentenlast einzutragen, deren Erträgnisse zur Finanzierung des Wohnungsbaus herangezogen werden.

4. Der freiwillige Arbeitsdienst ist auf die Aufgabe zu beschränken, durch kollektive Arbeitsarbeit die Versorgung der Erwerbslosen zu verbessern und damit gleichzeitig der Beschäftigung und Fortbildung junger Erwerbsloser zu dienen. Die außerbetriebliche Versorgung der Erwerbslosen mit Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen des täglichen Bedarfs ist auszudehnen.

5. Die Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs sind dauernd einer zentralen und örtlichen Kontrolle zu unterziehen.

II. Bereinigung der Wirtschaft

Die Hoffnungen auf eine Selbstregulierung und Selbstheilung der Krise sind endgültig zusammengebrochen. Die „Wirtschaftsführer“ hätten aus ihrer Verantwortung in die Hilfe des Staates.

Während nach der Reichsverfassung Besitz zum Dienst an der Allgemeinheit verpflichtet, wird jetzt der Verfall der Wirtschaft der Staat in die Wirtschaftsentlastung einzugreifen müssen. Nachdem so die Allgemeinheit gezwungen ist, die Verluste zu tragen, hat sie das Recht, sich die Gewinne anzueignen.

Die sichgebenden Wandlungen im Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat können nicht wieder rückgängig gemacht werden. Dringende Aufgabe muss es sein, eine allgemeine Bereinigung der Wirtschaft zu erzwingen, die die Voraussetzung für die Beseitigung der Konjunktur bildet.

A. Banken- und Kreditreform

1. Zur Erhöhung der Liquidität sind die Kreditbanken zu verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einlagen bei der Reichsbank als täglich fällige Guthaben anzulegen.

2. Um der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Kreditwirtschaft wieder größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen, ist eine halbierte Fundierung der schwebenden Schulden der öffentlichen Hand erforderlich.

3. Der kapitalmäßige Einfluss des Reichs auf die Banken und die Kontrolle der Privatversicherung sind mit dem Ziele der Beseitigung der Banken- und Versicherungsnot zu verstärken. Hand in Hand mit dem Ausbau der Kapitalbeschaffung des Staates ist ein Einfluss auf Geschäftsführung und Aufsichtsräte zu sichern.

4. Bis zur Verstaatlichung der Banken ist ein zentrales Bankennamensamt einzurichten. Das Amt hat Richtlinien für die Grundzüge der Kreditbewirtschaftung und der Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen. Die Durchführung dieser Grundzüge ist zu überwachen, insbesondere durch die Weisungspflicht für alle größeren Kredite.

5. Das öffentliche Bank- und Sparkassenwesen ist örtlich, provinziell und zentral zu vereinheitlichen und mit den Kreditinstituten, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, zu einem nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeitenden System auszugestalten.

6. Um die Lenkung der Kreditpolitik nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten und ihre Übermittlung mit der Währungs- und Kreditpolitik als Bank der Banken mit dem Bankennamensamt zu sichern. In den Generalrat der Reichsbank sind Vertreter aller wichtigen Wirtschaftszweige zu berufen.

B. Industrie und Handel

1. Der notwendige finanzielle Reinigungsprozess muss zur Vermeidung weiterer Stilllegungen beschleunigt zu Ende geführt werden. Notfalls ist die Sanierung überschuldeter Unternehmen durch staatlichen Druck unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu erzwingen.

2. Die Bereinigung des Aktienwesens erfordert den beschleunigten Abschluss einer grundlegenden Aktienrechtsreform. In ihrem Mittelpunkt hat der Ausbau der Publizitäts-

pflichten der Aktiengesellschaften, ihre Sicherung durch staatliche Einzelmaßnahmen, die Bezeichnung der Zulässigkeit von Stimmrechtsaktien und die Regelung des Depotstimmrechts der Banken zu stehen.

3. In Fällen, in denen die öffentliche Hand Gläubiger von Unternehmen ist - das gilt insbesondere von bereits gegebenen Subventionen, unter Umständen aber auch von Steuerförmigen - können die rückständigen Forderungen in Beteiligungen umgewandelt werden. Das Kapital der Unternehmen muss vorher entsprechend herabgesetzt werden. Die öffentliche Hand ist künftig an den Unternehmen gemäß ihres Kapitalanteils auch an Geschäftsleitung und Aufsichtsräten zu beteiligen.

4. Die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten der Stilllegungs- und Verordnungen, an sich lebensfähiger Betriebe, die nur wegen unzulänglicher Betriebsführung stillgelegt werden sollen, zu beschleunigen und zu enteignen, sind auszunutzen.

C. Agrarpolitik

1. Die Agrarpolitik, die bisher in einseitiger Weise der Beförderung und Konzentrierung veralteter Betriebsmethoden diente, ist in den Dienst einer rationellen landwirtschaftlichen Erzeugungswirtschaft durch Verbilligung der Rohstoffe zu stellen.

2. Die Verbraucherorganisationen und die landwirtschaftlichen Absatzorganisationen sind zu fördern. Zur Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist zwischen ihnen die enge Verbindung herzustellen.

3. Land- und forstwirtschaftliche Großbetriebe sind systematisch durch die öffentliche Hand zu erwerben und rationell zu verwalten. Bei Zwangsversteigerungen soll die öffentliche Hand Gebote im Rahmen des wirtschaftlichen Ertragswertes bis höchstens zum Steuerwert abgeben. In das Weistrot fallende Gläubiger müssen der öffentlichen Hand ihre Hypotheken und Forderungen zu angemessenen Bedingungen belassen. Rückständige Steuern, Abgaben usw. sind möglichst auf die Reichsquote der öffentlichen Hand zu verrechnen.

III. Aufbau der Planwirtschaft

Eine Sicherung gegen die Wiederkehr katastrophaler Krisen kann nur durch den Umbau der Wirtschaft in der Richtung zur Bedarfsbedarfswirtschaft gesichert werden. Alles, was an öffentlicher Wirtschaft besteht, muss zusammengefasst, vereinheitlicht und organisch geformt werden. Überall dort, wo schon jetzt ein privates Monopol, die Alleinherrschaft einer Wirtschaftszweige, vorhanden ist, muss die Enteignung durch den Staat und die Einbeziehung in den letzten Wod der öffentlichen Wirtschaft durchgeführt werden. Im Rahmen dieser erweiterten öffentlichen Wirtschaft müssen die Einrichtungen aufgebaut werden, die über die Leitung der einzelnen Betriebe hinaus den Produktionsprozess und die Verteilung des Spezialproduktes beeinflussen.

1. Der öffentliche Besitz an Produktionsmitteln ist systematisch auszubauen. Zunächst sind in die öffentliche Hand zu überführen die monopolisierten Grundstoffindustrien (Bergbau mit Nebenbetrieben, Eisen- und Metallergänzung, Zement- und Düngemittelindustrie); die gesamten Versorgungsbetriebe (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft);

Licht in die Finsternis!

Bedeutende Aktion des AFA-Bundes

Der Krisenkonkret des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist bis nach Kenia und des Osterkriegs verfasst. Damit ist aber nicht der Kampf im Arbeit verlagert. Den Gewerkschaften ist es bitter ernst mit diesem Kampf. Sie wissen nicht nur - was auch die Reichsregierung weiß - das das von der Not dieser Tage so lurchbar heimgejagt wertvolle Volk mit bewundernswürdiger Kraft und Geduld ausharrt und sich nicht unterliegen lässt, sie wissen auch, dass die Sehnsucht der Massen, die im Elend fast erstickten, immer stärker und elementarer nach einem Ausweg aus dem Sumpf des Arbeitslosenlebens und aus der durch das Verlagen der kapitalistischen Führung verursachten Zerrüttung der Wirtschaft drängt.

Das Volk will wissen, wohin es geführt wird, und dieses Gefühl wird, und dieses Gefühl wird.

Es will wissen, wofür es hungert und leidet. Es will wenigstens ein Ziel vor Augen haben, einen Ausblick, nach dem Weg zu dem Ziel, das in dem Ausblick sichtbar wird, noch so klein und dünn sein.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat sich ein Verdienst erworben, dass er entschlossen und mutig durch das Gefährnis eines endlosen Krieges, das mit seinem tausendfachen Wahn und über nur immer tiefer in ein schier auswegloses Nicht führt, hat, beherzt und mutig einen Weg abgebahnt hat, der wenigstens einmal den ersehnten Ausblick eröffnet und damit eine Orientierung für die Marschrichtung aus dem Elend heraus. Der Wirtschaftsplan der freien Gewerkschaften, den der AFA-Bund der Öffentlichkeit vorlegt, ist noch keine Endformulierung, noch kein abgeschlossener Guss, sondern zunächst nur ein Entwurf, über den mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund noch verhandelt wird. Aber er ist immerhin ein Anfang und mehr als das; er ist ein brauchbarer Grundriss, von dem aus die so dringend notwendige Umgestaltung der Wirtschaft von neuem angefangen werden kann. Bei dem Wirtschaftspoln handelt es sich nicht um eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Der Wirtschaftsplan wird von allen freien Gewerkschaften verabschiedet werden. Für den AFA-Bund war, wie sein Vorsitzender Kaufmännischer Leiter in seiner Einleitung zur Tagung des Bundesauschusses hervorhob, die Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht etwa eine Preisfrage. Worauf es ihm ankommt, ist lediglich das eine: über die Arbeitsbeschaffung, die der AFA-Bund zunächst erleben will, hinaus soll rechtzeitig und klar ein Weg aus der Not angezeigt und beschritten werden. Arbeitsbeschaffung ist begrenzt im Erfolg, solange nicht gleichzeitig eine organische Umgestaltung der Wirtschaft erfolgt. Zweierlei ist notwendig: Tagesarbeit, d. h. die Beseitigung eines Teils des Elends; denn der Staat kann das kapitalistische System nicht erschüttern, nicht nur in den Reihen der Arbeiter, sondern weit über deren Kreis hinaus. Das Volk ist unzufrieden mit der Lage und sucht nach neuen Formen der Wirtschaft, die wenigstens ein erträgliches Leben gestatten.

Soziale Rundschau

Beitragsersatzung für weibliche Angestellte

Vom Zentralverband der Angestellten werden wir auf eine wichtige Veränderung in der Angestelltenversicherung aufmerksam gemacht, die wir unseren Lesern gern zur Kenntnis bringen: Die Ministerverordnung vom 8. Dezember 1931 hat die Angestelltenversicherung verschlechtert. Zu den Verschlechterungen gehört auch die Bestimmung, dass beim Zusammenstoßen mehrerer Renten aus der Angestelltenversicherung, bzw. aus der Angestellten- und Invalidenversicherung, nur noch die Höchsthöhe gezahlt wird. Das frühere Recht ließ grundsätzlich den Bezug von Doppelrenten zu. Es konnte also eine weibliche Versicherte neben ihrer Witwenrente eine Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Erreichung der Altersgrenze beziehen. Die neue Regelung bedeutet deshalb eine besondere Härte für die weiblichen Versicherten, die bei ihrer Verheiratung auf die Beitragsrückerstattung verzichtet und die Versicherung freiwillig fortgesetzt haben, um sich dadurch eine bessere Versorgung im Falle der Berufsunfähigkeit oder des Alters zu sichern. Der Reichsarbeitsminister hat eine Verordnung erlassen, die

der gesamte Güterfernverkehr und Personenmassenverkehr; die privaten Monopole der Massenverbrauchsgegenstände (z. B. Zigaretten- und Margarineindustrie).

Die Enteignung erfolgt auf der Grundlage der 6. Werte, jedoch mit der Maßgabe, dass sie nur für den wirklich ausgenutzten Teil der Anlagen gewährt wird.

2. Zur Kontrolle der privaten Monopole sowie zur Förderung der Zusammenfassung in gemeinwirtschaftlichem Interesse ist ein Monopolamt zu errichten.

3. Entsprechend der Ausdehnung des öffentlichen Einflusses auf die Wirtschaft ist der Außenhandel einer fortschreitenden Kontrolle mit dem Ziele der Schaffung eines Außenhandelsmonopols zu unterstellen.

4. Der weitere Ausbau einer rationalen Produktions- und Absatzorganisation ist an die Durchführungen der Wirtschaft gebunden. Zu diesem Zwecke sind die betrieblichen und branchenmäßigen Untersuchungen der Produktions- und Absatzbedingungen für alle wichtigen Wirtschaftszweige nach einheitlichen Gesichtspunkten auszubauen.

5. Um eine einheitliche Wirtschaftsführung anzubahnen, insbesondere das Zusammenarbeiten des Bankennamens, des Monopolamts und der öffentlichen Wirtschaft sicherzustellen, ist eine zentrale Planstelle zu errichten. Die Planstelle hat insbesondere die Aufgabe, die verschiedenen Zweige der öffentlichen Wirtschaft zusammenzufassen und nach einem über mehrere Jahre reichenden Plan zu leiten.

6. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft ist von der Planstelle in Verbindung mit dem Bankennamensamt ein Kreditverteilungsplan aufzustellen, der für die Kreditpolitik des Bankennamens maßgeblich ist.

7. In allen Organen der Planwirtschaft ist die Mitwirkung der Arbeitnehmer zu sichern mit dem Ziele, die Herrschaft der privaten Interessen in der Wirtschaft auszuschalten und die Selbstbestimmung des Volkes in seinem Arbeitsprozess zu verwirklichen.

Der Kapitalismus hat die weltwirtschaftlichen Bindungen, die durch den Krieg zerrissen waren, nicht wiederherstellen können. Die Krise hat den weltwirtschaftlichen Verkehr zwischen den Ländern gelähmt. Schumpfung des Welthandels, Zahlungsunfähigkeit ganzer Länder, Entwertung der Währungen sind die Folge. Die Verhältnisse einzelner Staaten, sich von der Welt abzusetzen, müssen die allgemeine Krise verschärfen und die Not in diesen Ländern selbst vergrößern. Für Deutschland würde die Beseitigung von der Weltwirtschaft bedeuten, dass der Lebensstand der deutschen Arbeitnehmer um Jahrzehnte zurückgeworfen würde. Nicht Selbstabsperrung, sondern Wiederanbau der Weltwirtschaft muss das Ziel sein. Für Deutschland und für die anderen europäischen Länder, die insgesamt durch die Bildung geschlossener Wirtschaftszonen, außerhalb Europas in ihrer Existenz bedroht werden, muss der Weg zugleich über die politische Verständigung und den wirtschaftlichen Zusammenhalt Europas führen.

Nur die Umwandlung des kapitalistischen Systems in eine planmäßige, auf die Bedarfs der gesellschaftlichen Bedarfs einwirkende Wirtschaft wird die Widerstände gegen die europäische Zusammenarbeit endgültig überwinden und eine wirkliche Weltwirtschaft herstellen.

Entwurf, über den mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund noch verhandelt wird. Aber er ist immerhin ein Anfang und mehr als das; er ist ein brauchbarer Grundriss, von dem aus die so dringend notwendige Umgestaltung der Wirtschaft von neuem angefangen werden kann. Bei dem Wirtschaftspoln handelt es sich nicht um eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Der Wirtschaftsplan wird von allen freien Gewerkschaften verabschiedet werden. Für den AFA-Bund war, wie sein Vorsitzender Kaufmännischer Leiter in seiner Einleitung zur Tagung des Bundesauschusses hervorhob, die Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht etwa eine Preisfrage. Worauf es ihm ankommt, ist lediglich das eine: über die Arbeitsbeschaffung, die der AFA-Bund zunächst erleben will, hinaus soll rechtzeitig und klar ein Weg aus der Not angezeigt und beschritten werden. Arbeitsbeschaffung ist begrenzt im Erfolg, solange nicht gleichzeitig eine organische Umgestaltung der Wirtschaft erfolgt. Zweierlei ist notwendig: Tagesarbeit, d. h. die Beseitigung eines Teils des Elends; denn der Staat kann das kapitalistische System nicht erschüttern, nicht nur in den Reihen der Arbeiter, sondern weit über deren Kreis hinaus. Das Volk ist unzufrieden mit der Lage und sucht nach neuen Formen der Wirtschaft, die wenigstens ein erträgliches Leben gestatten.

Aufbau des Beitragsersatzung für weibliche Angestellte. Der Reichsarbeitsminister hat eine Verordnung erlassen, die

versucht, diese soziale Härte zu mildern. Die Durchführungsbestimmungen sehen vor, dass weibliche Versicherte, die vor dem 1. Jan. 1932 geheiratet, aber den Erstattungsanspruch nicht geltend gemacht, sondern sich freiwillig weiterversichert haben, den Erstattungsanspruch nachträglich geltend machen können, wenn infolge Zusammenstoßens ihres Ruhegehalts mit einer anderen Rente eine dieser Renten nicht gewährt wird, oder wenn das Ruhegehalt auf Grund der Vorschriften der Ministerverordnung ganz oder teilweise entfällt. Erstattet wird von den für die Zeit seit dem 1. Januar 1927 entrichteten Beiträgen die Hälfte der Richtigbeiträge sowie der für die Zeit vor der Verheiratung entrichteten freiwilligen Beiträge. Wir weisen auf diese Regelung hin, damit die weiblichen Versicherten prüfen können, ob sich im Einzelfalle die Fortsetzung der freiwilligen Versicherung empfiehlt oder der Erstattungsanspruch geltend gemacht werden soll.

Keine Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung

ENA Berlin, 23. März. Die Behauptung, dass durch eine Zusammenlegung der Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorbereitet würde, ist, wie wir von unabhängiger Seite erfahren, aus der Luft gegriffen.

Freistaat Baden

Wahl des Reichspräsidenten Zweiter Wahlgang

Vom der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Herr Reichsminister des Innern hat angeordnet, daß die durch Wohnungswechsel erforderlichen Verichtigungen der Stimmlisten (Karteien) für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl solange fortgesetzt werden müssen, als dies mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der Neuauslegung der Stimmlisten und Karteien (2. und 3. April 1932) technisch durchführbar ist. Da die Auslegungssfrist in die Hauptausgabezeit fällt, ist weiter festzulegen Verfahren vorgeschrieben worden: Wähler, die vor oder während der Auslegungssfrist den Stimmbezirk wechseln, sind in der Stimmliste der bisherigen Wohnung zu freiden. Sie sind von dem Stimmbezirk ihres neuen Stimmbezirks aufzunehmen. Dies hat auch nach Ablauf der Auslegungssfrist und bei nicht rechtzeitiger Erhebung des Einspruchs zu geschehen, und zwar im Nachtrag zur Stimmliste, wenn der Wähler durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde seines früheren Stimmbezirks nachweist, daß er in der Stimmliste dieses Stimmbezirks wegen Wegzugs gestrichelt ist.

Wähler, die nach Ablauf der Auslegungssfrist ihre Wohnung verlegen, können auf Grund eines Stimmwechsels, der ihnen auf Antrag von der Gemeindebehörde ihres bisherigen Stimmbezirks zu erteilen ist, wenn sie dort während der Auslegungssfrist in der Stimmliste eingetragen worden (§ 9 I Nr. 2 Reichs-Stimmordnung).

Aus dem badischen Staatsvoranschlag

Die Aufwendungen für das Ministerium des Innern betragen für 1932/33 fortwährend jährlich 45 122 400 M gegen bisher 65 927 000 M, die einmaligen Ausgaben 735 300 M gegen bisher 2 342 400 M. Für die Bezirksverwaltung werden ausgeben 6 970 500 M (bisher 8 657 500 M), für die Polizei und Gendarmerie 18 620 800 M (21 019 300 M), für lokale Versicherungen 306 700 M (1 318 000 M), für Wohnfabrikation 6 659 200 M (17 316 500 M), für die Heil- und Pflegeanstalten 5 244 300 M (7 337 600 M), Badenanstalten 50 000 M (1 080 600 M), Landwirtschaft und Ernährung 4 665 300 M (5 875 000 M).

Das Justizministerium erfordert an fortwährenden jährlichen Ausgaben 18 716 650 M gegen bisher 22 668 500 M. Davon kommen auf Gerichte und Staatsanwaltschaften 8 282 600 M (bisher 10 171 200 M), die Notariate und Grundbuchämter 2 538 450 M (2 914 400 M), Fürsorgeerziehung 871 350 M (1 354 840 M), Straf-anstalten 3 290 750 M (4 695 780 M), auf gemeinsame Ausgaben für die Justizbehörden 3 298 400 M (2 939 920 M).

Auch die Anforderungen für das unangeforderte Ministerium des Kultus und Unterrichts haben eine erhebliche Verminderung und zwar um rund 28 Millionen Mark erfahren. Die fortwährenden jährlichen Ausgaben betragen 66 943 750 M gegen bisher 88 638 520 Mark. Das Ministerium selbst erfordert 818 550 M (1 047 670 M). Für Zwecke des Kultus sind 1 833 900 M (2 560 970 M) eingestellt. Für die Hochschulen 11 577 900 M (13 916 400 M), die Lehrerbildungsanstalten 39 100 M (719 950 M), die höheren Lehranstalten 12 327 900 M (15 794 000 M) die höhere technische Lehranstalt (Staatstechnikum) 429 700 M (586 960 M), die Fachschulen 5 146 700 Mark (7 145 030 M). Die Hauptsumme beansprucht das Volkshochschulwesen, nämlich 31 292 550 M gegen bisher 42 019 941 M. Für Wissenschaften und Künste sind 2 681 950 M eingestellt (3 376 400 M). Das Finanzministerium erhebt mit folgenden Ziffern im Staatsvoranschlag: Jährliche fortwährende Ausgaben 77 194 300 Mark gegen bisher 104 487 790 M, also eine Verminderung um rund 27 Millionen Mark. Die einmaligen Ausgaben sind sich mit 11 504 700 M ungefähr gleich geblieben.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Einnahmen der Steuerverwaltung mit jährlich 122 748 200 M gegen bisher 177 314 700 M, der Domänen und Forsten mit 13 612 000 M gegen bisher 22 652 300 M. In diesen Zahlen spiegelt sich deutlich die schlechte Wirtschaftslage wider. Unter den Ausgaben häuften die Steuerverwaltung mit 21,9 Millionen gegen bisher 40,6 Millionen, das Hochbauwesen mit 2,8 Millionen (1,3 Millionen), Domänen und Forsten mit 11 Millionen (15,7 Millionen), der Wasser- und Straßenbau mit 12,4 Millionen (17 Millionen), der Hofverwaltung mit rund 2 Millionen gegen 1,8 Millionen, wozu noch einmalige Ausgaben in Höhe von 428 000 M kommen (bisher 150 000 M). Der Schuldienst erfordert fortwährend jährlich 4,4 Millionen, einmalig 6,9 Millionen. Für Ruhegehälter und Hinterbliebenenernährung sind 21,5 Millionen angefordert gegen bisher 24,8 Millionen.

Der persönliche Aufwand erreicht in der allgemeinen Staatsverwaltung die Gesamtsumme von 125 238 085 M, der lokale Aufwand hat sich von 188,2 Millionen auf rund 63 Millionen vermindert. Einschließlich Badenanstalten, Wohnungsfürsorge und Amortisationsstelle besitzert sich der jährliche Aufwand auf 75 Millionen gegen bisher 200,8 Millionen.

Der Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Der Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts dem Landtag vorgelegt. Er umfaßt 136 Seiten. Das Ministerium selbst beansprucht an fortwährenden Ausgaben jährlich 818 550 M (weniger 229 120 M).

Das Kultusbudget sieht vor: Dotation des Erzbistums 1 082 150 Reichsmark (weniger 359 750 M), darunter zur Aufbesserung geringe bezahlter Pfarrer 695 250 M (weniger 277 200 M). Für den altkatholischen Kultus sind eingestellt 41 750 M (weniger 11 800 M), für den evangelischen Kultus 691 050 M (weniger 346 040 M), darunter zur Aufbesserung gering bezahlter Pfarrer 402 050 M (weniger 324 300 M). Der israelitische Kultus ist mit 16 850 M (weniger 8250 M) bedacht, die israelitische Landesgemeinde mit 2100 M (weniger 1200 M). Ingesamt betragen die fortwährenden Ausgaben für Kultuszwecke 1 833 900 Reichsmark. Es ist eine Verminderung um 727 070 M, eingetretten.

Das Budget der badischen Hochschulen

Für die Universität Heidelberg betragen im ordentlichen Haushalt die fortwährenden Ausgaben jährlich 5 054 850 M (weniger 1 305 290 M). Die Einparung am Beolbungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt jährlich 475 500 M. Die Einnahmen haben sich um rund 90 000 M auf 3 445 000 M vermindert. Soweit ist ein jährlicher Zufluß von 1 609 850 M erforderlich.

Für die Universität Freiburg betragen im ordentlichen Haushalt die fortwährenden Ausgaben jährlich 5 128 500 M (weniger 629 540 M). Hier besitzert sich die Einparung am Beolbungsaufwand jährlich 479 960 M. An jährlichen Einnahmen sind 3 448 500 M, eingestellt, was eine Vermehrung um 453 120 M bedeutet. Der Zufluß stellt sich insond auf 1 680 000 M.

Der Voranschlag der Technischen Hochschule Karlsruhe verzeichnet an fortwährenden Ausgaben jährlich 1 394 550 M (weniger 390 670 M), die Einparung am Beolbungsaufwand beträgt jährlich 240 165 M. Die Einnahmen besitzerten sich auf 230 900 M (mehr 101 600 M). Die Mehrausgaben besitzerten sich demnach auf 1 63 650 M.

An einmaligen Ausgaben sind vorgezogen: Stipendiengewährung und lokale Fürsorge für Studierende der Hochschule 70 000 M, Errichtung eines Hörsaalgebäudes für die Universität Heidelberg (Schürman-Bau) 200 000 M (im Haushaltsplan für 1930/31 sind 2 Millionen M bewilligt worden, wozu für das Hörsaalgebäude 1,8 Millionen M noch als weitere Bauarate 200 000 M zur Inanspruchnahme), für den Neubau der Universitätsbibliothek in Freiburg als vierte Teilforderung für Gebäudeerwerbungen 215 500 M, für Instandsetzung eines Teiles der freigegebenen alten Klinikgebäude in Freiburg 45 000 M.

Das badische Beamtenheer

Der Staatshaushalt für 1932 und 1933 sieht 19 169 Stellen für planmäßige Beamte vor gegen bisher 19 690. Die Zahl der planmäßigen Stellen hat sich somit um 521 vermindert. Das Hauptkontingent der planmäßigen Beamten entfällt auf das Ministerium des Kultus und Unterrichts mit 8795 Köpfen (weniger 301). Dann folgt das Ministerium des Innern mit 6690 planmäßigen Beamten (weniger 183). Das Justizministerium zählt 2121 Köpfe; hier hat sich die planmäßige Stellenzahl um zwei erhöht. Das Finanzministerium beschäftigt 1495 planmäßige Beamte (weniger 38), der Rechnungshof 33 (weniger 2), das Staatsministerium 22 (Zunahme 1), der Landtag 12 (unverändert).

An außerplanmäßigen Beamten finden wir im Ministerium des Kultus und Unterrichts 2051 (weniger 188), im Ministerium des Innern 231 (weniger 20), im Justizministerium 236 (weniger 3), im Finanzministerium 408 (weniger 13), im Staatsministerium 1 (weniger 1), im Landtag 3 (unverändert); insond 2928 Köpfe, d. h. eine Gesamtverminderung um 226.

Die Gesamtzahl der Beamtenstellen beträgt somit 22 097, die Gesamtverminderung 747 Köpfe.

Zweite Haushaltsnotverordnung vom 19. März 1932

Das Staatsministerium hat eine zweite Haushaltsnotverordnung erlassen. Danach sind die Notare auch als Grundbuchbeamte zuzurechnen. Untergriffen öffentlich zu beglaubigen.

Wichtig ist der neue Paragraph 7 des Artikels 53 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober v. J., der folgendes bestimmt: „Beratete weibliche Beamte, die für den Fall ihrer Zurückberufung einen Rechtsanspruch auf Ruhegehalt erlangen haben und die auf ihren Antrag aus dem staatlichen Dienst entlassen werden, erhalten unter Zugrundelegung der zum letzten Jahresdiensteinkommenden Bezüge, Gleiches gilt auch für nichtverheiratete weibliche Beamte, die vor ihrem freiwilligen Ausscheiden aus dem staatlichen Dienst einen Antrag auf Abfindung stellen und sich spätestens drei Monate nach der Entlassung verheiraten.“

Krisenfürsorge

Durch Verfügung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südbadens wurde die Zulassung der Bauarbeiter, der Bauhilfsarbeiter und der formlichkeftlichen Arbeiter zur Krisenfürsorge bis einschließl. 14. Mai 1932 verlängert.

Das Kirchengeld

Nach einer Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts zum Vollzug des Kirchengeldgesetzes darf das Kirchengeld im Höchstmaß den Betrag von 10 M jährlich nicht übersteigen. Die Kirchensteuerentziehung der Religionsgesellschaft bestimmt, ob das Kirchengeld einbehalten oder gestundet zu erheben ist. Es ist in einer Summe zu Beginn des Rechnungsjahres fällig. Für die Entrichtung des Kirchengeldes können die gleichen Teilbeträge und Zahlungszeiten wie bei der Landeskirchensteuer angeordnet werden. Auch können Vorauszahlungen nach Maßgabe der zuletzt entrichteten Beträge erhoben werden. Das Kirchengeld ist auch bei gemäßigten Ehen in voller Höhe vom Ehemann und zwar an die Religionsgesellschaft seines Bekenntnisses zu entrichten.

Um die Bierpreisleitung in Baden

Die in Karlsruhe stattgefundenen Verhandlungen des Preis-Kommissionars mit der badischen Brauindustrie und den badischen Gastwirten über die Bierpreisleitung sind ergebnislos verlaufen. Die badischen Gastwirte werden ab Samstag, den 26. März, die Bierpreise um den Betrag der gekenteten Gemeindefürsorge und Kreisbiersteuer erhöhen. In den Gemeinden, wo die Gemeindebiersteuer 10 Mark pro Dekoliter beträgt, tritt eine Senkung von 2 Pfennig pro Liter-Glas ein, in den Gemeinden, wo die örtliche Biersteuer 5 Mark und weniger beträgt, ermäßigt sich der Preis für das 7/10-Liter-Glas um 1 Pfennig.

12 000 Arbeitslose in Ludwigshafen

Die Einwohnerzahl der Stadt Ludwigshafen a. Rh. betrug Ende Februar 1932 109 284 Personen. Siern waren arbeitslos 11 999 Personen. Auf 1000 Einwohner kamen also Ende Februar 109,8 Erwerbslose.

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne

unter gleichzeitiger Befestigung des höchst gefärbten Zahneages ist folgender: Trinken Sie einen Eßlöffel Chlorodont-Zahnpasta auf die trockenen Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gerundeten Borsten) Bürste Sie Ihre Zähne nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, indem Sie erst die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Zahnpasta unter sorgfältig gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überzeugen. Der mikrobene Zahbelag ist verformung und ein herrliches Weiß der Zähne bleibt zurück. Sie sehen Sie sich vor- und rückwärts, bilden Zahnabdrücke und verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpasta. Unter-Vor-rienspreite.

Gewerkschaftliches

Ausweg aus der Krise

Eine bedeutsame Konferenz des Afa-Kartells für Südwestdeutschland

In Stuttgart waren die Vertreter von 45 000 im Afa-Bezirkskartell für Südwestdeutschland organisierten Angestellten versammelt, um angesichts der Wirtschaftskrise darüber zu beraten, was für Wege angegangen werden müssen, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen. In einer von der Konferenz angenommenen Entschlußnahme, in der auf die brennenden Probleme der Überwindung der Krise eingegangen wird, zeigt der Abend einen gangbaren und erfolgversprechenden Ausweg aus der Krise. In der Entschlußnahme heißt es:

Aus der großen Not der Zeit und aus der Erkenntnis der fatalistischen Wirtschaft mit ihrer regelmäßigen Wiederkehr der Krisen erwächst den Arbeitern und Angestellten die historische Aufgabe eines grundlegenden Umbaus der Wirtschaft. Es muß an die Stelle der kapitalistischen Planlosigkeit eine stichsichere Leitung des Wirtschaftsprozesses treten;

Die planlose Profitwirtschaft des Kapitalismus muß durch die planmäßige Bedarfsbedarfswirtschaft abgelöst werden.

Dieses Bild der Zukunft, in seinen großen Zügen klar erkannt, zeigt gleichzeitig die Richtungen des Kampfes für den Umbau der Wirtschaft. Für die endgültige Gestaltung der Wirtschaft ist die Überwindung der politischen Macht die Voraussetzung. Aber der Kampf um den Umbau der Wirtschaftsordnung kann nicht in eine unbestimmte Zukunft verlegt werden. Es kommt darauf an, die Übergangszeit, in der der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft zerfällt, aber der Sozialismus noch nicht wirken kann, den Weg zu weisen. Aus der gegebenen Situation von heute und aus den aufgestellten Zielen für die Wirtschaft von morgen ergeben sich die Richtlinien zur Überwindung der Krise.

Alles, was an öffentlichen Betrieben schon vorhanden ist, muß organisatorisch vereinheitlicht und zusammengefaßt werden. Die Grundstoffindustrie ist ebenso wie die privaten Monopole der Maschinenverbrauchsgeräte in die öffentliche Hand zu überführen. Im Rahmen dieser erweiterten öffentlichen Wirtschaft müssen die Einrichtungen aufgebaut werden, die über die Leitung der einzelnen Betriebe hinaus den Produktionsprozeß insgesamt und die Verteilung des Sozialprodukts beeinflussen.

Die Kontrolle der Banken ist mit der Kontrolle der privaten Monopole zu einem einheitlichen System zu verbinden.

In einer weiteren Entschlußnahme protestierten die Vertreter des Afa-Bezirkskartells Südwestdeutschland gegen die mannigfachen durch Roterordnungen eingetretten wesentlichen Verschlechterungen in der Angestellten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung. In der Entschlußnahme werden weiterhin die Eingriffe der Roterordnungen vom 8. Dezember in das Tarifrecht als untragbar bezeichnet mibillig.

Die jährlichen Beratungen

Der Konferenz wohnten 89 Vertreter und eine Anzahl Gäste bei. Der Leiter des Afa-Bezirkskartells Südwestdeutschland, Württemberg, Baden und Pals, Sinner, gab einen Tätigkeitsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß trotz der Krise die Mitgliederzahl der einzelnen Verbände mit über 45 000 Mitglieder gehalten werden konnte.

Die Aussprache war recht reger. Lage wurde geföhrt, daß in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge die Einsparungen überhannt werden. Ferner wurde bedauert, daß im Südbund nur aus selten ein freigewerkschaftlicher Redner zu hören sei.

Die Konferenz nahm dann im Anschluß an die Berichte die obenstehenden Entschlußnahmen an.

Abkommen zur Bankenlenkung

Die Bankenlenkung hat auch eine Rebrseite. Sie heißt Personalabbau. Eine schmerzliche Sache für jeden Bankangestellten, der davon betroffen wird. Der Allgemeine Verband der Bankangestellten hat daher seit Monaten durch sähne unermüdbare Arbeit in unsicheren Verhandlungen alles aufgeboten, um den Abbau, soweit das unter den gegebenen Verhältnissen nur immer möglich war, zu lindern und sozial zu gestalten. Die Anstrengungen des Verbandes waren nicht umsonst. Das beweisen die Verhandlungen für den durch die Fusion Dresdener-Danab-Bank bedingten Personalabbau. Die von den Vertragsparteien getroffene Vereinbarung für diese Richtlinien ist am Montag vom Aufsichtsrat der Dresdener Bank genehmigt worden. Das bedeutsame Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Angestellte im Alter von über 30 Jahren und Angestellte mit mehr als 10 Dienstjahren sollen nicht zwanngsläufig zum Abbau gelangen. Aus dieser Kategorie sollen vielmehr

a) die über 50 Jahre alten Angestellten pensioniert werden. Die Pension soll nach 15 Dienstjahren dreißig Sechstel des Arbeitseinkommens betragen für jedes weitere Dienstjahr ein Sechstel bis vierzig Sechstel nach 25 Dienstjahren betragen. Der Mindestbetrag der Pension soll für die Ortsklasse A 2000 M, pro Jahr betragen, der Höchstbetrag 6000 M, nicht übersteigen.

b) Angestellte im Alter von 45 bis 50 Jahren erhalten ein Wartegeld in Höhe von 75 Prozent ihrer Bezüge.

Sofern als dann noch ein Abbau erforderlich sein sollte, soll in erster Linie auf den freiwilligen Abbau zurückgegriffen werden. Zwangsabbau kommt nur insofern in Frage, als die bereits genannten Maßnahmen nicht ausreichen. In diesem Falle ist auf die sozialen Verhältnisse und bestehenden Unterhaltspflichten der zur Entlassung kommenden Angestellten sowie hinsichtlich ihrer Auszahlung wie auch hinsichtlich der Höhe ihrer Abfindung vollste Rücksicht zu nehmen. Angestellten, die freiwillig ausscheiden wollen, ist das gleiche Abfindungsgeld zu zahlen, wie wenn die Kündigung leitens der Bank erfolgt wäre.

Kündigungen können frühestens zum 1. Juli 1932 ausgesprochen werden.

Bei allen diesen Maßnahmen hat die Betriebsvertretung mitzuwirken. Insbesondere ist die Betriebsvertretung vertraulich zu der Auswahl derjenigen Angestellten, welche den Betrieb verlassen wollen, rechtzeitig heranzuziehen, d. h. vor der Herausgabe der Kündigung zu informieren.

Das aus dem Abkommen sprechende soziale Verständnis verdient Anerkennung. Diese Feststellung gilt sowohl für die Bank als auch für die Reichsregierung, die durch den zur Verfügung gestellten 20-Millionen-Fonds die Voraussetzung zu dieser sozialen Regelung geschaffen hat. Für den durch die Fusion Commerzbank-Banner-Bankverein eintretenden, allerdings weit geringeren Personalabbau hat der Allgemeine Verband die Forderung erhoben, daß dabei nach den gleichen Grundsätzen verfahren werden muß wie sie in dem Abkommen der Vertragsparteien für Dresdener-Danab enthalten sind. Söhne der Bankangestellten wird es nun auch sein, aus dem Erfolg des Allgem. Bankangestelltenverbandes die entsprechende organisatorischen Konsequenzen zu ziehen.

Kritische Lage im Brücker Kohlenrevier

Brück, 25. März. Die Lage im nordwestböhmischn Braunkohlenrevier hat sich seit gestern bedeutend verschärft. Der Streik greift auf die Schächte der Brücker Braunkohlenbergwerksgesellschaft und der Brücker Kohlenwerke sowie in das Komotauer Revier über und erfährt auch die restlichen Rechen der staatlichen Verwaltung. Die Zahl der Streikenden hat sich von gestern auf heute von 5300 auf 11 000 erhöht. Heute liegen bereits 27 Schächte still.

In der Zeit vom 29. März bis 15. April zeigt Ihnen das erste und größte
Betten-Spezialhaus
das in diesen Tagen sein 20jähr. Bestehen feiert, durch
seine billigen Preise, durch seine Riesen-Auswahl
seine ganze Leistungsfähigkeit!



Darum kaufen Sie Ihre
Betten und Bettenwaren

nur bei Betten-Buchdahl
Karlsruhe, Kaiserstraße 164
Lieferung frei - per Bahn oder Auto
Dem Ratenkaufabkommen der Badisch. Beamtenbank angeschlossen

Aus aller Welt

Ein Dorf durch Feuer zerstört
W.B. Kaschau, 24. März. In der Gemeinde Solica wurden durch einen Brand dreizehn Wirtschaftsgelände samt Inventar zerstört...

Neun Obdachlose in einer Scheune verbrannt
W.B. Neva, 24. März. Beim Brand einer Scheune, die von Obdachlosen als Nachtquartier benutzt wurde, kamen neun Menschen in den Flammen um...

Eine Million Mark Strafe für Kaffeeschmuggel
W.B. Dortmund, 24. März. Im Laufe der Ermittlungen zu dem von der Dortmunder Zollabfertigung aufgedeckten Kaffeeschmuggel hat einer der Hauptbeteiligten in Dordrecht einen Schmuggel von 123 000 Kilogramm Kaffees...

Schiffahrer tot im Großlochnergebiet aufgefunden
W.B. Innsbruck, 24. März. Im Großlochnergebiet wurden gestern zwischen dem Rifflinger und der Oberwalder Hütte von einem Knecht der genannten Hütte zwei Männer und eine Dame, die sich bei Nebel und Schneetreiben in diesem unübersichtlichen Gletschergebiet verirrt hatten, tot aufgefunden...

Ein Ueberflieger!
D3. Hüttingen, Amt Vörsch, 24. März. Auf ebenso freche wie dumme Art hat ein Winger ein neues Reklüdi angelegt. Bei Regen und schlechtem Wetter hat derselbe während des Winters aus ihm nicht abzubehenden Reklüden auf dem Fleiner Acker angelegte Reben ausgegraben...

Trejoerbruch bei Ties in Kasel
W.B. Kasel, 24. März. Wie die Polizei mitteilt, sind bei dem Trejoerbruch im Warenhaus Ties etwa 30 000 Mark gestohlen worden. Die Firma Ties hat für die Ermittlung der Täter dem für die Verbeisicherung des Diebesgutes eine Befolgung von 10 Prozent des wieder beigegebenen Geldes ausgesetzt.

Krankeassenbuchhalter unterschätzt 23 000 Mark
W.B. Berlin, 24. März. Der 33jährige frühere Baubeamte und spätere Buchhalter bei der Zweigstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Wittmann, Oskar Freyerich, wurde heute in seiner Wohnung verhaftet...

Wegen Nichtverhehlung erschossen
W.B. Limburg, 24. März. Der siebenjährige Oberfeldjäger Schramm, der Sohn eines Ingenieurs, der sich zuerst auf einer Auslandsreise befindet, hat sich erschossen...

Der Baseler Mörder gefast
D3. Basel, 24. März. Der Mann, der gestern nachmittags in der Gärtnerei des Bundesbahnhofs den 49jährigen Wirt Torretti dadurch getötet hat, daß er ihm zwei volle Flaschen Bier an den Kopf warf, konnte noch auf der Straße verhaftet werden...

Schwere Großfeuer
Obertiefenbach (Unterfahrets), 23. März. In der Nacht zum Mittwoch brach hier auf bisher unbekannter Weise Feuer aus, dem drei Häuser und zwei Scheunen zum Opfer fielen...

358 Opfer der Wirbelsturmkatastrophe
W.B. Birmingham (Alabama), 24. März. Die Zahl der Todesopfer in den von einem Wirbelsturm heimgesuchten Südstaaten hat sich auf 358 erhöht.

Flugzeugunglück in Frankreich
Paris, 25. März. Bei Jiron (Südfrankreich) stießen heute zwei Flugzeuge zusammen. Beim Absturz fanden beide Piloten den Tod.

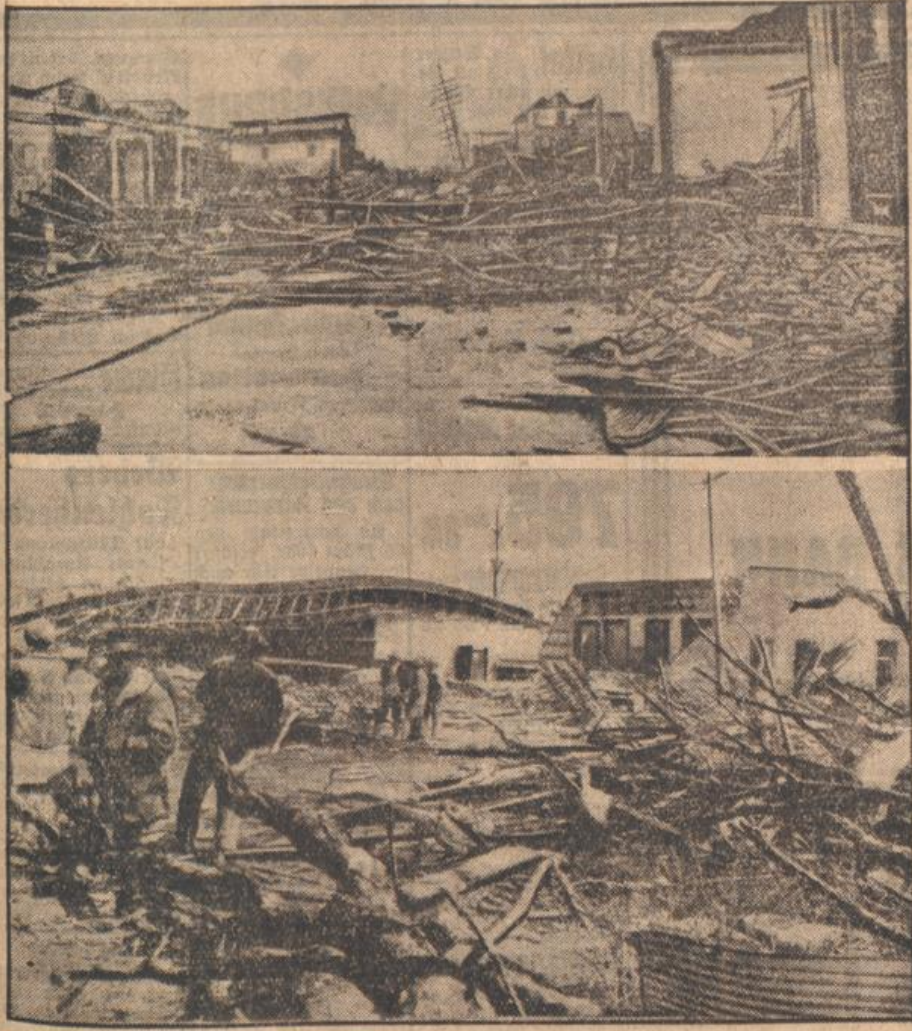
Tornado verwüstet den Süden der Vereinigten Staaten

Karte der verwüsteten Staaten.



Ueber die Südstaaten der USA ist ein Wirbelsturm hinweggebraust, der besonders in Alabama und Mississippi schwerste Zerstörungen angerichtet hat...

Bilder links: Die furchtbaren Wirkungen eines Wirbelsturms.



Marktberichte

Biedmarkt in Durlach am 23. März. Aufgetriebene Tiere: Rube 52, Kalbinnen und Rinder (Zungvieh) 17, Rälber 15...

400 Mark. Kalbinnen, trächtig 325, 250, 370 Mark. Rubrinder: 100, 80, 120 Mark.

Anfänger Schweinemarkt vom 23. März. Zufuhr: 13 Milchschweine. Preise: 18-30 Mark pro Paar. Dandel: Markt geräumt. Nächster Markt am Mittwoch, den 30. März.

Sport

Fußball

Fußballvorschau für 27. und 28. März

Obermontag: Ottenhausen - Steinbrunn, Reuburgweiler - Zurrersheim, Durlach - Einbeßingen, etc.

Handball

Ottenhausen fährt nach Helbergschleim und Taxlanden 1 hat am Ostermontag Helbergschleim, eine Spitzenmannschaft des 4. Bezirks, zu Gast.

Aus der Stadt Durlach

Besuchte Siegesfeierveranstaltungen: Das Städtische Fürjorgeamt Durlach schreibt: 'Der unter obiger Ueberschrift unterm 17. ds. Mts. erschienene Artikel bedarf der Richtigerstellung...'

Aus dem Gerichtssaal

Ein junger Uebeltäter

vor der großen Strafkammer steht ein 22jähriger Mensch. Wegen Diebstahl im Rückfall steht er wieder einmal vor dem Richter. Eine traurige Lebensbahn offenbart sich da vor der Defensivität.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 23. März: Ernst Würtel, Galvaniseur, ledig, alt 23 Jahre. Beerdigung am 26. März 12 Uhr.

Vereinsanzeiger

Religiöse Sozialisten. Ostermontag vorm. 9.30 Uhr predigt Gen. Pfarrer Löw in der Kleinen Kirche. Anschließend Abendmahl.

Chelrebatteur: Georg Schäpflin. Verantwortlich: Volker, Freilicht Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Kunst, Aus der Welt...

Herren-Sporthemd „Robby“

in feinen Unifarben, Stoff fein in sich gemustert... Extra-Angebot 3.90... Burchard

Tanz-Schule Braunagel

osiermontag 28. März 7-12 Uhr im „Kühn Krug“ für meine Schüler

Tanz-Ausflug in das Volkshaus Durlach-Aue.

Ostersonntag, 28. März... Für Fußgänger gemeinsamer Abmarsch 13 Uhr... Treffpunkt: Bahnhofsübergang Ecke Kriegs- und Wolfartsweierer Straße.

Bürgerhof / Mühlburg

Bekannt für gute Weine / Schremp-Prinz-Bier... Ostermontag: Konzert... Karl Selts und Frau.

Tanz Walhalla

Ostersonntag... Kapelle Fred Moreno Synopatos

Restauration „Stadt Baden“

Ostersonntag und Ostermontag Familienkonzert... Ostermontag ab 11 Uhr Frühshoppen-Konzert...

Restauration „z. Bannwald“

Über die Feiertage Familienkonzert... Es ladet freundlichst ein Georg Riehle und Frau.

STADTGARTEN

Ostersonntag, 27. März und Ostermontag, 28. März, jeweils von 15-18 Uhr Fest-Konzerte

Stadtgarten-Jahreskarten

Für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 werden wieder Jahreskarten zu folgenden Preisen ausgeben: Hauptkarten RM 3.-...

Wo verbringe ich meine Osterferien?

Im weißen Rößl am Wolfgangsee in herrlichen Salzammergut... Der Film läuft nur: Samstag 8.30 Uhr, Oster-Sonntag und Ostermontag jeweils nur nachm. 4 Uhr...

Bad. Lichtspiele / Konzerthaus

Das große Hausorchester mit bekanntem Sinfonienorchester...

Möbel

Jeglicher Art kaufen Sie enorm billig bei 1857... Karl Thome & Co. Möbelhaus Karlsruhe 1, 8. Herrenstraße 23

Badisches Landesheater

Samstag, 26. März, Neu einstudiert Faust

I. Teil von Goethe... Regie: Baumbach... Witwirlende: Bertram Ermarth...

Frauentheater

II. Teil von Goethe... Regie: Baumbach... Witwirlende: Bertram Ermarth...

Kammer-Lichtspiele

wünscht seinen verehrten Besuchern ein frohes Osterfest... Der Kongreß tanzt... mit Lillian Harvey, Willy Fritsch, Conrad Voldt...

SCHAUBURG

Ab heute unter Fellprogramm Die neue, soeben mit Riesen-Erfolg in Berlin gestartete Film-Operette Der Frauentheater

Eine ganz reizende Angelegenheit mit Max Hansen, Martha Eggert u. als besondere Sensation Leo Siezak... Vier musikalisch ausgezeichnete Schlaraffen werden dem Filmwerk zu besonderer Popularität verholfen:

1. Der Tango: Mir fehlt ein Freund wie du!! 2. Die Siezak-Serenade: Wenn ich vergaß dich, dann mußt ich singen!

Praxis-Verlegung

Dr. med. W. Gutsch... Art für allgem. Praxis und Geburtshilfe... Jetzt Kaiserplatz, Stefanienstraße 90

Erla Kirche Christi, Wifflschaffel

First Church of Christ, Scientist, Karlsruhe, Bd. Gottesdienste Sonntag 10 1/2 Uhr Sonntagschule Mittwoch 8 Uhr abends Bibelstunde 8 1/2

GLORIA PALAST

Wünscht allen seinen Besuchern und Gönnern ein frohes Osterfest!... Peter Vob der Millionendieb

Willi Forst

Hauptdarsteller... Ein komischer, aber keineswegs dummer Mensch... Grobes Tonnenbespielprogramm... An ans 3 Uhr Sonn- und Feiertags 7 Uhr, Le 2 Uhr Vorst. Juni 8.30 Uhr



Sport-hemden 4.-

in großer Auswahl per Stück 5.50 4.90... Lagerbesuch jedem reichend!

Arthur Baer

Kaiserstraße 103 Verkaufsräume nur 1 Treppenhoch im Hause des Schokoladengeschäfts Reicherdt.

COLOSSEUM

Der große Erfolg! Heute 6 Uhr Über die Feiertage jeweils 3.30 und 6 Uhr Der Hias... Ein feldgraues Spiel in 3 Akten

Photos

Preisermäßigung... Angler-Gerät... Käseherbe... Oster!

Resi Fröhliche Oster!

AB HEUTE findet ein General-Angriff auf alle Lachlustigen und Heiterkeitsbedürftigen mit Wilhelm Hartsteins viel belächelter Militär-Burleske statt!

Der Stolz der 3. Kompagnie

mit Heinz Rühmann... Fritz Kampers, Eugen Burg, Ferd. von Alten, Steinbeck, Bienert, Henckels, Platte, Trude Berliner usw.

BLB SPARE bei der BADISCHEN LANDWIRTSCHAFTS-BANK (Bauernbank) / a. G. m. b. H. Zentrale: Lauterbergstr. 3 Dep.-Kasse: Ludwigsplatz Erbprinzenstraße 31

Schlößhotel Hornberg badische Samwaldbahn Erholungsheim des Bad. Beamtenbundes... Ideale, staubfreie und ruhige Lage in sonniger Luft...

Rüchen 100 A Blätter 75 A... Gürtel, Hüfte 77... hinter Weich, Knopf.

Heirat... 33. Witwer... 30 J. alt, Beamter, mit fester Stellung...

Dirigent... Empfehlung des Chorleiters, im Ref. Emil Bang, Gelangensvortrag, Karlsruher, Schützenstr. 7 III. 1947

Alles neu für 795.-RM. Schlafzimmer-Eiche dreifach, Garderoben-schrank mit Facettenglas...

Umzüge... für nah und fern übernimmt 1829 Spezialgeschäft Joh. A. Koch...

Volkshaus... Es ersann es KONZERT des Buchdruckerechors...

Webers Kohlenherbe... 23 J. alt, nicht verheiratet, erfr. Mitf. 130 u. 9819...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...

Umzug... Die Wohnungskammer, ein möb. Schlaffzimmer, ein Kamin, ein Kleiderschrank...